

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Januar 2003 Nummer 252
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern

Bäuerinnen und Bauern braucht das Land



Schwerpunkt

Definition, zweiter Teil

Was macht bäuerliche Landwirtschaft aus? Wie ist der Zusammenhang zur artgerechten Tierhaltung? Welche Ideen treiben Bäuerinnen und Bauern heute um und welche Vielfalt prägt die Höfe? Seite 12 und 13

In die Hand nehmen

Mit Inhalten füllen können nur Bauern das Programm bäuerliche Landwirtschaft. Zunahme haben andere bestimmt, wo die Landwirtschaft hingeht. Zur Grünen Woche plant die AbL, die Debatte über bäuerliche Landwirtschaft auszuweiten. Seite 2, 11 und 14

Bewegung

Soziale Unausgewogenheit

Klare Worte fand EU-Agrarkommissar Fischler auf der AbL-Mitgliederversammlung für die heutigen Prämienzahlungen in der EU. Seite 2 und 3

Altenkirchen

Mit der Hoffnung wächst die Enttäuschung, die Arbeit für eine neue Agrarpolitik braucht breite Unterstützung von den Bauern, forderten die AbL-Bundesvorsitzenden Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Seite 2, 14 und 15

Politik

Landtagswahl

Fragen an den niedersächsischen Agrarminister Uwe Bartels und seine grüne Herausforderin Rebecca Harms: Wieviel Agrarwende braucht das Land? Seite 11

Osterweiterung

Die EU wird um zehn Staaten größer. In Polen, dem Beitrittsland mit der größten Landwirtschaft, sorgen sich viele Bauern um ihre Zukunft. Seite 7

Weitere Themen:

Agrarkulturkonvent Seite 4, EU-Haushaltsstudie Seite 6, Ostdeutschland Seite 9, Weihnachtsgeschichte Seite 16, Gewinner des Weihnachtsrätsels Seite 19 und vieles mehr

Frohes Fest und guten Rutsch! Die Bauernstimme

Bäuerliche Landwirtschaft“ als ein Schwerpunkt auf der diesjährigen „Grünen Woche“ in Berlin. Vor Jahren unvorstellbar. Von den politischen Parteien und der Bauernverbandsspitze schon als Auslaufmodell abgeschrieben. Jetzt ein „Aktionsprogramm Bäuerliche Landwirtschaft“ von der Bundesregierung. Vom Himmel gefallen? Keineswegs. Die Abl, sturmerprobt, hat daran festgehalten und moderne Positionen dazu entwickelt. Bäuerliche Landwirtschaft als eine politische



Aussage und Teil einer veränderten agrarpolitischen Situation, auch Dank unserer Arbeit. Für uns bedeutet bäuerliche Landwirtschaft ein modernes soziales, ökologisches Zukunftsmodell in der Agrarpolitik. Vor zwölf Jahren haben wir das NEULAND-Programm auf die Beine gestellt, heute ist es ein unbestritten wirtschaftliches Programm zur Sicherung bäuerlicher Betriebe. So müssen wir auch beim Aktionsprogramm arbeiten. Ein weiteres Bei-

spiel: Die EU-Agrarminister haben sich auf die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen geeinigt. Was jetzt tun? Sollen etwa die Bauern auf den „Zeitgeist-Zug“ springen und sich zum Erfüllungsgehilfen der Gentechnik-Konzerne machen, die vom Acker bis zum Tellerrand die Landwirtschaft in den (Würge-) Griff nehmen möchten? Bäuerliche Landwirtschaft

KOMMENTAR

Ran an die Arbeit!

heißt auch Entscheidungen treffen und die Verantwortung dafür selbst tragen, heißt auch sich stark machen für genetische Vielfalt und für bäuerliche Züchtungsarbeit. Warum nicht in Zusammenarbeit mit der Verbraucherschaft für gentechnikfreie Schienen beim Saatgut und bei den Futtermitteln eintreten? „Weltfremd,“ nennt das Raiffeisenchef Nüssel. Bäuerlich und nachhaltig wäre es, wenn der Landhandel und gerade die bäuerlichen Genossenschaften den gentechnikfreien Markt ermöglichen und damit einen Wettbewerbsvorteil auch für die Bauern herausholen. Da hilft nur Druck von unten. Ich denke, viel werden uns dabei Bauern unterstützen. Die DBV-Spitze hat ihre Basis schon bei der Saatgut-Nachbauauseinandersetzung verraten, sie wird auch bei der Gentechnikfrage wieder mit Monsanto, Bayer und Co kungeln. Nicht mit uns! Organisieren und bündeln wir die bäuerlichen Interessen! Sorgen wir dafür, dass sich die Meinungen artikulieren können, damit das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft nicht nur ein Ankündigungsprogramm, sondern eine wirtschaftliche Perspektive für bäuerliche Betriebe wird. Die Abl wird dazu in Zusammenarbeit mit anderen bäuerlichen Organisationen auf Bäuerinnen und Bauern zugehen, um ihre Vorstellungen für ein bäuerliches Zukunftsmodell einzubringen. Wichtige agrarpolitische Komplexe sollen zur Sprache kommen. Jede und jeder kann mithelfen und sich einmischen. Schimpfen auf „die da oben“ ist einfach, bringt aber nichts. Ändern wir gemeinsam was. Wir alle haben die Verantwortung für unser Land und für unsere Landwirtschaft. Ran an die Arbeit!

Georg Janßen, Abl-Bundesgeschäftsführer

„Bauern oder Anzahl an Rindern fördern?“

Das ist die zentrale Frage für EU-Agrarkommissar Franz Fischler. Auszüge aus seiner Rede und der Diskussion mit dem Vorstand der Abl am 22.11.2002

Zurzeit diskutieren wir: wie soll es in der Agrarpolitik weitergehen, welche Reformschritte sind notwendig, damit wir unsere Landwirtschaft richtig für die Zukunft orientieren und den Landwirten eine vernünftige Basis für das wirtschaften in der Zukunft geben?

An den Grundorientierungen hat sich durch den Brüssler Gipfel der EU-Regierungschefs diesen Herbst nichts geändert. Wenn wir mit unserem Agrarmodell gesellschaftlich akzeptiert sein wollen, dann müssen wir auf die Forderungen unserer Mitbürger einigermaßen eingehen. Dabei können wir durchaus optimistisch sein.

Denn europaweit akzeptieren Zweidrittel der Bevölkerung, dass es Sinn macht, landwirtschaftliche Betriebe so zu unterstützen, dass sie ein vernünftiges Einkommen erwirtschaften. Aber auf der anderen Seite gibt es auch deutliche Forderungen: 90 Prozent der Bevölkerung verlangen in erster Linie, dass sie gesunde und umweltfreundlich hergestellte Lebensmittel kaufen können. Das gleiche gilt für den Tierschutz. Die eigentliche Diskrepanz besteht darin, dass nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung glaubt, dass das mit der derzeitigen Agrarpolitik erfüllt wird. Diese Diskrepanz müssen wir angehen, wenn wir eine große gesellschaftliche Akzeptanz haben wollen.

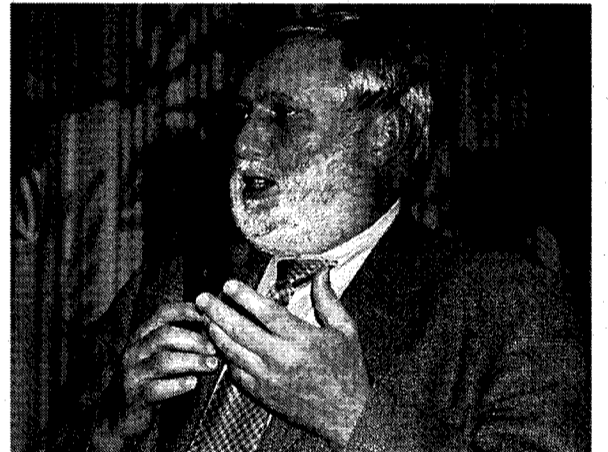
Dazu gehört eine nachhaltige Landwirtschaft im eigentlichen Sinn des Wortes: die ökonomisch und wettbewerbsfähig ist und gleichzeitig die Grenzen der Natur respektiert sowie auch ein soziales Gewissen hat.

Landwirtschaft sollte aber auch nicht nur dort stattfinden, wo wir die besten Böden und die besten Lagen in Europa haben, sondern wir wollen eine flächendeckende Landwirtschaft haben. Wenn wir das wollen, müssen wir einen Schritt weitergehen, wir dürfen Landwirtschaftspolitik nicht ausschließlich mit Blick auf die Bauernhöfe sehen, sondern auch in einen breiteren Kontext einbetten: die ländliche Entwicklung. Dabei geht es darum, Landwirten vernünftige Investitionsbedingungen zu schaffen und den Landwirten vor allem abzugelten, wenn sie bereit sind, mehr zu tun, als die gesetzlichen Mindestforderungen vorschreiben: wie beim Ökolandbau und Leistungen im Zusammen-

hang mit dem Tier- oder Umweltschutz.

Erläuterungen zur Halbzeitbewertung:

Es kann nicht sein, wie es derzeit ist, dass nur 10 Prozent der gesamten Agrarmittel für die Ländliche Entwicklung herangezogen werden und 90 Prozent für Marktordnungsausgaben und die Direktzahlungen. Zu überlegen ist, wo wollen wir mit den Direktzahlungen hin: Ist es wichtiger, dass wir den Bauern fördern oder dass wir eine bestimmte Zahl an Rindern fördern, das ist die eigentliche Frage! In dem Zusammenhang müssen wir der Gesellschaft klar



machen, dass Landwirtschaft mehr leistet als das Herstellen von Fleisch oder Milch oder Weizen.

In dem Zusammenhang haben wir überlegt, ob es nicht sinnvoller ist, die Direktzahlungen von den Flächen und von der Rinder- bzw. Schafproduktion zu entkoppeln und an den Bauern und seinen Betrieb als ganzes binden. Wir müssen vor allem darüber diskutieren wie eine Verbindung hergestellt wird zwischen der Zahlung und den überbetrieblichen Leistungen wie Landschaftspflege, Tierschutz, Mit den Beschlüssen von Brüssel wurde festgelegt, wie viel Geld für die Marktordnungen und die Direktzahlungen zwischen 2007 und 2013 zur Verfügung steht. Es wurde davon gesprochen jetzt haben die Landwirte Planungssicherheit. Wenn wir tatsächlich Planungssicherheit für die Landwirte wollen, müssen wir jetzt Politik bis zum Jahr 2013 definieren. Ich bin daher der Meinung, dass wir einen Reformschritt in der Agrarpolitik mehr denn je brauchen. Im Januar 2003 werde ich entsprechende Gesetzesvorschläge präsentieren, so dass Mitte des kommenden Jahres entsprechende Beschlüsse gefasst werden können.

Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der Abl

Die Milchpolitik hat eine hohe Bedeutung für die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland und wir brauchen eine klare Weiterentwicklung. Der Preisdruck, der über eine weitere Ausdehnung der Milchquoten entstehen wird, ist für Bäuerinnen und Bauern nicht zu verkraften. So ist es unser Anliegen, die Agenda 2000 nochmals in Bezug auf die Quotenausdehnung zu überprüfen. Der Milchmarkt braucht eine Entlastung. Die Ausgleichszahlungen für den abgesenkten Milchpreis gilt es an Grünland und nicht an die Quote zu binden.

Fischler: Bislang gibt es weder für noch gegen die Quote in der EU eine Mehrheit. Nach den Entscheidungen der WTO gegen das AC-Modell mit Inlands- und Exportquoten wird es hier nicht mehr diskutiert. Wenn nicht bald gehandelt wird, fällt die Quote wie in der Agenda 2000 vorgesehen. So werden wir schon im Januar 2003 mit

einem konkreten Vorschlag zur Milchpolitik an die Öffentlichkeit gehen. Falls die Quote gestrichen werden sollte, wird der Milchpreis um 45 Prozent fallen, wobei ich bezweifle, dass die Gesellschaft bereit ist, Verluste in solchen Größenordnungen über Ausgleichszahlungen abzumildern. Zu der Idee der Quotenkürzung oder – wie andere sagen – der Quotenausweitung gilt es zu beachten, in welcher marktpolitischen Lage befinden wir uns. Die EU ist mit Abstand der größte Exporteur von Milchprodukten in der Welt und bestreitet einen Anteil am Welthandel von Milch von 40 Prozent. Zur Zeit exportieren wir rund 12 bis 13 Prozent der Produktion, zusätzlich verkaufen wir auf dem eigenen Markt ungefähr 11 Prozent der Milchproduktion zu Weltmarktpreisen. Das heißt: ohne Export verliert die EU ungefähr ein Viertel der gesamten Milchproduktion. Auch wenn es hart klingen mag, können wir die Importschranken nicht erhöhen. In der laufenden WTO-Runde werden die Zölle für Milchprodukte sinken und nicht steigen. Wenn wir in eine Situation hineingeraten, in der es interessant ist, in die EU Milchprodukte zu importieren, können wir alle drei Jahre unsere Quote kürzen, um ein Marktgleichgewicht herzustellen.

Bernd Voss, Mitglied im Bundesvorstand der Abl

Wir stehen hinter der Entkopplung. Nur kann sie nicht an den historischen Prämienzahlungen ausgerichtet werden. Die bisher schon bevorzugte Klientel wäre weiterhin im Vorteil. So gilt doch die Faustregel,



Rege Diskussion in Altenkirchen mit EU-Agrarkommissar Fischler (2. v. r.), den Abl-Bundesvorsitzenden und Abl-Geführer Georg Janßen (r.)

Foto: Schimpf

je netter die Landschaft aussieht, umso wahrscheinlicher dass dorthin keine Prämien fließen.

Man kann sicher darüber diskutieren, warum sind die Hektare oder Betriebe unterschiedlich viel wert. Wenn wir das konsequent und unionsweit anwenden, muss uns klar sein, dass ein Drittel der Förderung, die nach Deutschland fließt, in den Süden Europas abgeht. Bei den Direktzahlungen machen die große Masse Ackerprämien aus, die nach Referenzerträgen berechnet werden. Zu glauben, dass eine derartige Umwälzung in einem Schritt machbar wäre, ist eine Illusion. In den Vorschlägen zur Halbzeitbewertung ist angedacht, dass die Prämie pro Betrieb nach einer historischen Größe berechnet. Wenn sich daraus aber große Unterschiede ergeben, stellen wir es dem jeweiligen Mitgliedstaat frei, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Anneliese Schmech: Landesvorsitzende Baden-Württemberg

Wir begrüßen die Kappungsgrenze bei 300.000 Euro ausdrücklich. 30 Jahre wurde erzählt wie effizient die großen Betriebe sind. Jetzt sollen sie endlich auf einen Teil der Subventionen verzichten. Auch die Arbeitskraftbindung der Prämien bejahen wir. Nur sind 3.000 Euro je Arbeitskraft zu wenig

Dass man für 3.000 Euro keine Arbeits-

kraft anstellen kann, weiß ich auch. Aber es ist auch nicht die Idee, die vollen Kosten einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft aus öffentlichen Mitteln zu tragen. Ob die 3.000 Euro abgewandelt werden, darüber bin ich bereit zu

Deutschland beginnt ja davon Gebrauch zu machen. Durch die Beschlüsse von Brüssel ist nicht mehr gedeckt, dass wir die Mitgliedstaaten dazu zwingen können, die Modulation vor 2006 einzuführen.

Ab 2007 kann mit klaren Forderungen, dass die Stärkung der Ländlichen Entwicklung mehr Geld braucht, gearbeitet werden. Das ist die Mindestforderung, mit der die agrarische Seite auftreten sollte, es wäre vielleicht auch sinnvoll wenn der DBV darüber nachdenken würde.

Martin Hofstetter, Mitglied im Bundesvorstand

Die Landwirte wollen für den Markt produzieren und Verbraucher verbinden damit gentechnikfreie Produkte. Deswegen brauchen wir gentechnikfreie Futtermittel und gentechnikfreies Saatgut.

Konsumenten müssen gentechnikfreie Nahrungsmittel kaufen können, dafür braucht es eine entsprechende Kennzeichnung und auch wer gentechnikfrei produzieren will, muss das können.

diskutieren. Dass die Strukturen, die mit den LPGen entstanden sind, bis zu einem gewissen Grad weiter bestehen kann ich akzeptieren. Aber wenn die Beschäftigung in dem Zusammenhang die zentrale Frage ist, stelle ich klar, dass die Obergrenze von 300.000 Euro in Verbindung mit der Beschäftigung stehen muss. Was ich nicht akzeptiere, dass man mir nach wie vor einreden will, dass die großen Ackerbaubetriebe kaputtgehen, wenn es die Obergrenze gibt. Ich akzeptiere nicht, dass es Betriebe gibt, die 4.000 ha mit sieben Leuten bewirtschaften. Rechnen sie mal aus, was so eine Betrieb je Arbeitskraft bekommt. Das ist soziale Unausgewogenheit.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Abl: **Es gibt Äußerungen, dass die Modulation nun mit den Beschlüssen von Brüssel weg sei: Dort wurde beschlossen, dass es ein Limit für die Marktordnungsausgaben und die Direktzahlungen geben wird, aber keines für die ländlichen Entwicklungsausgaben. Wir wollen die Möglichkeiten, was wir im Rahmen der ländlichen Entwicklung fördern können, ausweiten: z.B. um den Aspekt Qualität, Tierschutz.**

In der Agenda 2000 ist die Möglichkeit der Modulation ja enthalten und jeder Mitgliedstaat kann sie einführen.

Meiner Meinung nach ist das Problem weniger die Frage des Saatguts, sondern das sogenannte Koexistenzproblem, das Nebeneinander von gentechnikfreier und Gentechnik-Landwirtschaft. Meiner Meinung nach muss je nach Pflanzengattung unterschieden werden. Ich sage nicht, wir lassen keine gentechnische Produktion zu. Die andere Frage ist die Verunreinigung von Saatgut, wenn Sie sagen, die Verunreinigung von Saatgut muss Null sein, ist es ehrlicher zu sagen, Gentechnik verbieten. In anderen Worten: Null gelingt Ihnen nicht.

Dietmar Groß

Die Pläne die rotierende Flächenstilllegung abzuschaffen, kann aus Sicht des ökologischen Landbaus nicht begrüßt werden. Im Ökolandbau ist Klee gras, das auf den Stilllegungsflächen angebaut wird, sowohl als Gesundheitsfrucht als auch als Futter notwendig.

Wir sind bereit, darüber nachzudenken. Gerade für die ökologische Landwirtschaft spielt die Flächenrotation eine so große Rolle, dass es wirklich unfair wäre, einen Bio-Betrieb dazu zu verdonnern, jedes Jahr die gleiche Fläche stillzulegen. Das Flächenstilllegungskonzepte müssen wir noch mal insgesamt überdenken.

ms

Neuer Bauern-Verband in Großbritannien

„Farm“ – so heißt eine neue Interessenvertretung für bäuerliche Landwirtschaft in Großbritannien, die jetzt im Rahmen einer Demonstration gegen den verschärften Strukturwandel in London gegründet wurde. Initiatoren sind mehrere Bauern und der Herausgeber des *Ecologist-Magazins*, Zac Goldsmith. „Farm“ sieht sich als Opposition zum britischen Bauernverband NFU, dem „Agrarindustrie-Lastigkeit“ vorgeworfen wird. Besonders wegen der NFU-Haltung gegen die MKS-Impfung und für die „Grüne Gentechnik“ sprachen sich bei einer Umfrage 70 Prozent der britischen Farmer für eine neue Berufsvertretung aus. „Farm“ will sich als Kampagnen- und Mitglieder-Organisation für eine nachhaltigere Landwirtschaft in zukunftsfähigen ländlichen Regionen und für die Stärkung direkterer Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern einsetzen. Eine langfristige Perspektive für bäuerliche Betriebe, Landwirtschaft, Nahrungserzeugung und Umwelt sei „agriculture, not agribusiness“. Nähere Infos auf der Internet-Seite www.farm.org. pm

Erfolg durch Handels-Blockaden

Mit einer landesweiten Blockade-Aktion unter dem Motto „Stopp der Erpressung“ haben 13.000 französische Bauern insgesamt 77 Verteilzentren der französischen Handelsketten lahmgelegt. Anlass waren laut *Bw agrar* die extremen Differenzen zwischen Erzeuger- und Endverkaufspreisen. Nachdem die Regierung Unterstützung signalisierte und maßgebliche Verbraucherorganisationen Sympathie bekundeten, erzielten die Bauern laut *La France Agricole* einen Erfolg: Die Regierung hat strengere Preiskontrollen und notfalls auch die Einführung von Mindestpreisen zugesagt, der Handel versprach mehr Preistransparenz. en

Rollende Steine

Das Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern, ein Zusammenschluss von Umwelt-, Naturschutz-, Tierschutz- und Ökolandbauvereinen, zog auf dem in Schwerin abgehaltenen Treffen ein Jahr nach Gründung Bilanz. „Der Stein ist ins Rollen gekommen“, sagte BUND-Mitglied Corinna Cwielag. „Die Förderung für den Ökolandbau ist höher als vor einem Jahr.“ Das Agrarbündnis will sich auch weiterhin für eine Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung einsetzen. Für 2003 kündigte das Bündnis ein umfangreiches Arbeitsprogramm an, das auf einer Fachtagung im Februar vorgestellt wird soll. la

Bauernvertreibung in Südafrika

Die Menschenrechtsorganisation FIAN setzt sich für vertriebene Bauern in Südafrika ein. 1.200 Angehörige der Gumbu-Mutale-Gemeinschaft waren in den Sechzigerjahren von ihren Feldern am Grenzfluss Limpopo deportiert worden. Auf die 1999 versprochene Rückgabe des Geländes, das derzeit zu Militärübungszwecken genutzt wird, warten sie bis heute vergeblich. Seit dem Besuch von FIAN und der Organisation La Via Campesina bei verantwortlichen südafrikanischen Politikern sind die Chancen für eine Rückgabe gestiegen. Beide Organisationen bitten nun, diese Aktion mit Briefen an das Präsidentenbüro in Pretoria zu unterstützen. Vordrucke können unter ☎ 06221-830620 angefordert werden. la

Spatzenlyrik

Die letzten zwölf Monate war er der „Vogel des Jahres“, der Haussperling, keck-frecher Bewohner unserer Höfe. Grund genug, ihn zum Jahreswechsel noch einmal durch folgendes Gedicht von Jürgen Theobaldy zu ehren:

Mit allen Winden
Um die Spatzen kümmer dich nicht,
Spatzen kommen ohne Hut durch jede Sperre,
Spatzen baden im Sand,
sind gewaschen mit allen Winden,
sie bewegen sich inmitten des Volks
wie Partisanen durch die Tiefgaragen,
nicht nur zur Sommerzeit,
auch wenn es nicht mehr schneit.
Die Werte lies vom Bildschirm ab.
Was kümmern sie die Spatzen?
Um die Spatzen kümmer dich auch.

(aus: Jürgen Theobaldy, Immer wieder alles, Lüneburg 2001)
en

KURZES AM RANDE

Der Europäische AgrarKulturkonvent

Der Konvent zur Zukunft Europas arbeitet in Brüssel an einer gemeinsamen europäischen Verfassung und soll den Staatschefs der Mitgliedstaaten 2003 Vorschläge für eine Reform der Europäischen Institutionen vorlegen. Im Arbeitsprogramm dieses Konvents ist die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen. Vor allem die Außen- und Finanzminister der Mitgliedstaaten nörgeln schon seit Jahren über den „Stolperstein“ Agrarpolitik, der am Ende allen sinnvollen Reformversuchen im Wege stehe. Es gibt in Europa ein ausgeprägtes Interesse, den Agrarhaushalt zu beerben und Mittel freizubekommen. Es gibt aber auch genügend Argumente, warum die Agrarpolitik diese

Mittel dringend braucht, um nach den Produktionsschlächten der Vergangenheit die gesunde Ernährung, Arbeit, Umwelt, und die Erhaltung der Kulturlandschaften in den Vordergrund zu stellen und durch mehr Integration der Interessen von Bauern und Verbrauchern einen neuen Gesellschaftsvertrag auf den Weg zu bringen.

Um für all diejenigen, die an dieser Neuausrichtung der GAP interessiert sind, eine europäische Plattform für Debatten zu schaffen, vor allem aber um die bisher kaum vorhandene Zusammenarbeit zwischen Regierungsvertretern, Verbänden und den Organisationen der Zivilgesellschaft zu fördern, wurde Anfang 2002 der Europäische AgrarKultur Konvent (EAC: European AgriCultural Convention) ins Leben gerufen.

In der ersten Arbeitsphase bis Juni 2002 hat der EAC Empfehlungen an den Konvent über die Zukunft Europas erarbeitet. In der zweiten Phase befasste sich der EAC mit den Reformvorschlägen der Kommission anlässlich des Halbzeitberichts zur Agenda 2000 und formulierte im Dezember Empfehlungen an den Gipfel der Europäischen Rates in Kopenhagen.

Der AgrarKulturKonvent setzt den Akzent auf eine neue Verhandlungskultur. Wer teilnimmt, kann Positionen von Regierungen, Verbänden und seine eigene Meinung vertreten, ist aber nicht verpflichtet, mit Mandat einer Organisation oder Behörde aufzutreten. Die Mischung aus Interessenvertretung und Meinungsstreit, Expertenurteil und offizieller Verlautbarung macht das Ereignis EAC spannend und kontrovers. Nach intensiver Debatte verabschiedeten am 7. Juni im Rah-

men des EAC fünf Landwirtschaftsminister mit Umwelt- und Bauernverbänden, Experten für ländliche Entwicklung, NGOs und Vertretern der Kandidatenländer und lokalen ländlichen Aktionsgruppen einvernehmlich die Empfehlungen an den Konvent.



Bei der zweiten Runde zu den Reformvorschlägen der Kommission am 3. und 4. Dezember wurden die Interessengegensätze deutlicher. Der europäische Bauernverband COPA wünschte eine Reform zu einem späteren Zeitpunkt und die Europäische Bauernorganisation CPE stellte die Legitimität des ganzen Verfahrens in Frage: die Vermischung von Politik und Interessenvertretung öffne die Tür für Manipulation und Irreführung der Öffentlichkeit, so die CPE.

Die schlechte Nachricht: der Gipfel von Kopenhagen hat die Empfehlungen des EAC nicht berücksichtigt. Die neuen Mitgliedstaaten dürfen sogar ihre langsam steigenden Direktzahlungen aus dem Topf der 2. Säule finanzieren. Es ist nicht erstaunlich, dass die Newcomer lieber die 100%igen Zahlungen für Produktförderung ergreifen, als mit der Kommission mühsam ländliche Entwicklungsprogramme auszuhandeln, die auch noch kofinanziert werden müssen.

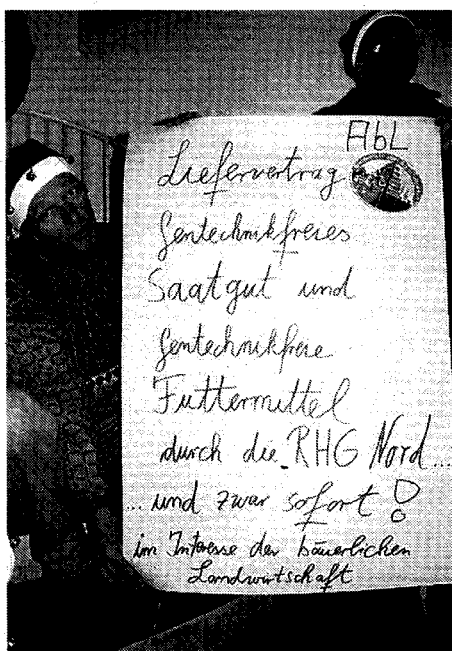
Ein Grund mehr, den Dialog mit all denjenigen fortzusetzen, die die Agrarpolitik auf frisch bestellte Äcker leiten wollen: Neue Vermarktungsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze in der ländlichen Wirtschaft brauchen auch eine neue Lobby, die in den Gesellschaften der erweiterten EU verstanden und getragen wird. Ohne eine erneuerte Agrar- und Verhandlungskultur lassen sich weder der alte Agrarhaushalt gegen Einsparungen noch eine neue Agrarpolitik gegen Unterwanderung von Dumpingimporten verteidigen. Macht mit!

Hannes Lorenzen, Berater im Ausschuss für Landwirtschaft im Europäischen Parlament und Initiator des EAC
weitere Info: www.agriCulturalconvention.org

Bauern werden aktiv gegen Gentechnik

Protestaktionen von deutschen und Prozesse von us-amerikanischen Bauern gegen gentechnisch verändertes Saatgut

Unerwarteten Nikolaus-Besuch erhielt die Raiffeisen Hauptgenossenschaft in Hannover. Mit Ruten, einem Sack voll garantiert gentechnikfreien Getreide sowie einem offenem Brief an den Vorstand kamen Bäuerinnen und Bauern heranmarschiert. „Wir fordern von Raiffeisen Nord, eines der drei Futtermittelwerke der Genossenschaft, auf gentechnikfreie Produktion umzustellen,“ so die beteiligten Bauern. Im Gegenzug seien sie bereit, sich vertraglich mit Raiffeisen auf einen garantiert



Von Raiffeisen Nord verlangen Bauern Gentechnikfreiheit bei Saatgut und Futtermitteln.

gentechnikfreien Anbau einzulassen. Zusätzlich verlangten die Bauern, dass Raiffeisen bis zur gerichtlichen Klärung unterlässt, die Daten der Saatgut-Aufbereitung für die Saatguttreuhand zu sammeln. Unterstützt wurden die Bauern vom Bundesgeschäftsführer der AbL, Georg Janßen, dem BUND Niedersachsen und der bäuerlichen Gesellschaft demeter Nordwest. „Wir wollen nicht, dass die Bauern irgendwann wieder auf die Anklagebank gesetzt werden. Die bäuerliche Landwirtschaft braucht eine Perspektive. Die hat sie nur, wenn sie gentechnikfrei ist“, so Georg Janßen.

Raiffeisen Nord ist außer in Niedersachsen auch in Berlin, Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt an über 170 Standorten tätig. Für Bauern hat Raiffeisen eine zentrale Rolle beim Kauf von Futtermitteln und Saatgut. Nachdem sich die EU-Agrarminister auf eine Kennzeichnung von Gentechnik in Futtermitteln geeinigt haben, sei es wichtig, dass die Akteure jetzt Flagge bekennen, führte Georg Janßen aus. Da der gesamte Vorstand außer Haus war, fand sich erst nach längeren Diskussionen ein Mitarbeiter, der bereit war den Brief entgegenzunehmen. Wenn Raiffeisen bis Mitte Januar nicht antwortet, wollen die Bauern wiederkommen.

Gleicher Kampf wie in den USA

In den USA stehen derzeit nach Berichten des *Greenpeace Magazins* 350 Landwirte vor Gericht: Ihnen wird vorgeworfen un-

erlaubt patentgeschütztes gentechnisch verändertes Saatgut angebaut zu haben. Doch nun haben die Bauern den Spieß umgedreht und ihrerseits Monsanto, den führenden Gentechnik-Saatgut vertreibenden Konzern, angeklagt. Beschuldigt wird der weltweit tätige Konzern, über Knebelverträge für Bauern und seine preisbestimmenden Saatguthändler ein internationales Kartell gebildet zu haben. Die Bauern verdächtigen den Konzern weiterhin, die Öffentlichkeit unzureichend über die Folgen seiner Technologien informiert zu haben. Deswegen fordern sie jetzt den finanziellen Ausgleich der Nachteile der Bauern durch Monsanto. Neben dieser mutigen Forderung berichtet das *Greenpeace Magazin*, dass entgegen den Aussagen der Gentechnik-Konzerne, der Anbau der neuen Pflanzen für viele Bauern nicht gewinnbringend sei. Das Saatgut sei bis zu sechsmal teurer als herkömmliches, selbst der Einsatz von Herbiziden sei oft steigend, da immer mehr Unkräutern resistent seien. Einer der klagenden Bauern folgert: „Wir müssen ein Zeichen setzen, bevor es zu spät ist.“ ms



Fotos: Schimpf

Wettbewerb ums Recht

Neue Aspekte des kartellrechtlichen Nachbaustreites

Mit der wettbewerbsrechtlichen Dimension der Auseinandersetzungen um die Nachbaugebühren beschäftigten sich jüngst zwei Oberlandesgerichte in ihren speziellen Kartellkammern. Die Wege, auf denen die Verfahren dort gelandet sind, waren völlig gegensätzlich. Die Kartellkammer des Landgerichtes in Hannover hatte das Kooperationsabkommen zwischen Bauernverband und Pflanzenzüchtern als wettbewerbswidrig bezeichnet, da es keine individuellen Vereinbarungen zwischen Züchtern und Bauern zulässt. Die unterlegenen Züchter bzw. deren Vollstreckungsorgan, die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV), legten Berufung gegen das Urteil ein. Die nächst höhere Instanz, das Oberlandesgericht Celle sah die Sache nun genau andersherum und hat keinerlei kartellrechtliche Probleme mit dem Vertragswerk. Eine

weitere Revision und damit den Weg vor den Bundesgerichtshof ließen die Richter nicht zu, so dass die Frage endgültig erst einmal nicht zu klären ist.

Die Kartellkammer am Landgericht München urteilte ebenso wie das OLG Celle gegen die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze. Hier reichte nun diese die Berufung am Oberlandesgericht München ein. Dort fand bislang erst eine mündliche Verhandlung statt, in der die Richter aber durchaus ihre Zweifel an den Regelungen des Kooperationsabkommens zum Ausdruck brachten. Sie ließen durchblicken, dass sie es, wie bereits in der Vergangenheit das Oberlandesgericht in Braunschweig, für wettbewerbsrechtlich kaum vertretbar halten, dass Bäuerinnen und Bauern, die das gesetzliche Verfahren bei der Veranlagung der Nachbaugebühren wählen,

schlechter gestellt werden, als diejenigen, die das Kooperationsabkommen unterschreiben. Sollten die bayerischen Richter in ihrem Urteil bei dieser Meinung bleiben und die in Niedersachsen derzeit gültige Rechtslage übernehmen, wäre das ein weiterer Schritt zur endgültigen Demontage des Kooperationsabkommens. Hinzu kommt noch, dass sich das OLG in München auch noch mit der Frage auseinandersetzt, ob es sich bei jenem Vertragswerk nicht um den Tatbestand der arglistigen Täuschung handelt. Die Verhandlung wurde vertagt auf den 30. Januar 2003, es bleibt spannend. Daran ändert auch nichts, dass die STV und der Bauernverband derzeit mit Werbeveranstaltungen für das Nachfolgemodell des Kooperationsabkommens über Land tingeln. Viele Bäuerinnen und Bauern lassen sich nun nicht mehr täuschen. cs



Unverschämte Weihnachtspost

In die Abgründe einer miesen Trickkiste haben sich die Pflanzzüchter und die STV noch einmal kurz vor Weihnachten begeben. Wie schon im letzten Jahr beglückten sie Hunderte von Bäuerinnen und Bauern mit einem Schreiben ihrer Anwaltskanzlei. Innerhalb einer Woche – Stichtag war der 20.12. – solle man Auskunft zum Nachbau geben, sonst würden gerichtliche Schritte eingeleitet. Unerwähnt in dem Schreiben bleibt, dass kaum noch Gerichte aufgrund der noch ausstehenden höchstrichterlichen Entscheidung des EuGH in Luxemburg neue Verfahren zulassen, geschweige denn laufende zu Ende bringen. Für die Züchter zählt offenbar, erneut mit den Muskeln gespielt zu haben und mit ihren unverschämten Drohgebärden Bäuerinnen und Bauern zu bedrängen. Offiziell heucheln sie hingegen Gesprächsbereitschaft und legen gemeinsam mit dem Bauernverband ihre weitere Taktik in Sachen Nachbaugebühren fest. Die IG Nachbau verurteilt diese schmutzigen Machenschaften auf das Schärfste und steht allen betroffenen Bäuerinnen und Bauern mit Rat und Tat zur Seite.

Kontakt s. S. 23

Modulationsgelder ermöglichen Weideprämie

Kurz bevor ab Januar 2003 die Modulation in Deutschland startet, einigen sich der Bund mit der Mehrheit der Länder im Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz auf die Verwendung der Mittel. In der Gemeinschaftsaufgabe sind dann im Ackerbau z.B. Mulch- und Direktsaatverfahren, erweiterte Fruchtfolgen, der Anbau von Zwischenfrüchten oder Untersaaten über Winter förderbar. Damit können Ackerbaubetriebe die Kürzung der Direktzahlungen um zwei Prozent abfedern. Auch bei der besonders artgerechten Tierhaltung wird die Förderung ausgeweitet. Wolfgang Reimer, zuständig für die Gemeinschaftsaufgabe im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, begrüßt die Entscheidung: „Wenn der Bundestag die Modulation bestätigt, kann auch der zusätzliche Arbeitsaufwand für Stroheinstreu und Festmistkette honoriert werden. Zudem können die Bundesländer eine Weideprämie einführen“. ms

Modulation wird kommen

Der Bundestag entscheidet kurz vor Weihnachten noch über die Einführung der Modulation. Der über den Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf zur Aufhebung der Modulation wird wahrscheinlich abgelehnt. Die Umverteilung eines Bruchteils der Direktzahlungen auf die ländliche Entwicklung kann dann ab Anfang Januar 2003 starten. Während sich für die Gemeinschaftsaufgabe 14 Länder auf die Verwendung der Modulationsgelder einigen, lehnen sie sie in den Parlamenten wieder ab. Friedrich Ostendorff, Bundestagsabgeordneter der Grünen, sieht die Modulation als Chance die Ungerechtigkeit des Rationalisierungsvorsprung von Großbetriebe aufzuheben. „Das ist eine richtige Maßnahme der EU, die damit eine notwendige Maßnahmen zur Stärkung der 2. Säule ergreift,“ lobt er die geplante Neuerung. ms

Alle Antibiotika in Fütterung verboten

Als Futterzusatz sollen auch die letzten vier noch in der EU bisher erlaubten Antibiotika ab 2006 verboten werden. Darauf einigen sich Mitte Dezember die EU-Agrarminister in Brüssel. Mit dem Verbot soll verhindert werden, dass sich antibiotika-resistente Keime weitverbreiten. Das EU-Parlament muss dem Verbot noch zustimmen. pm

Neue Agrarpolitik vor Ort

Auf der Tagung des Agrarbündnisses in Wetzlar kündigte Staatssekretär Matthias Berninger aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium an, Billigprodukten im Supermärkten einen Riegel vorschieben zu wollen. Ziel der Tagung, so Agrarbündnis-Sprecher Frieder Thomas, sei es, Perspektiven für den ländlichen Raum zu finden und dafür breite Bündnisse zu suchen. Hubert Weiger vom Bund für Umwelt und Naturschutz forderte Bauern und Metzger auf, wieder kleine Schlachtstätten neu einzurichten oder zu beleben, in denen Tiere aus der Region geschlachtet werden. pm

EU-Kommission legt WTO-Angebot vor

In der aktuellen Verhandlung der Welthandelsorganisation (WTO) plant die EU in ihrem neuen Angebot eine Absenkung von Zöllen und Agrarsubventionen von über 20 Prozent. Der Beschluss des Brüsseler Gipfeltreffens Ende Oktober spiele für die WTO-Vorschlag keine Rolle, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. pm

Zwei Pestizid-Studien des NABU

Eine umfassende Minimierungsstrategie beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hat der Naturschutzbund Deutschland (NABU) in seiner Studie „Pflanzenschutzpolitik in Deutschland“ gefordert. Ziel eines ganzen Bündels von Maßnahmen soll eine Halbierung des Pestizid-Einsatzes bis 2008 sein. Ärger gab es in Zusammenhang mit der parallel veröffentlichten Studie „Giftspritze unter Kontrolle“, in der der NABU den illegalen Handel und Einsatz von verbotenen Pflanzenschutzmitteln und die Einflussnahme der Agrarchemie-Lobby anprangert. Unter anderem war darin die Belastung von Obst aus dem Anbaugebiet „Altes Land“ mit verbotenen Pflanzenschutz-Rückständen behauptet worden. Der Obstbau-Versuchsring betonte, dass die untersuchten Äpfel zum großen Teil gar nicht aus dem Alten Land stammten und dass alle gefundenen Wirkstoff-Rückstände weit unterhalb der zulässigen Höchstgrenzen lägen. Die Studien sind auf der Internet-Seite des NABU nachzulesen (www.nabu.de). pm

Wo all das Geld so bleibt

Neue Studie durchleuchtet EU-Agrarhaushalt und findet reichlich Grund für Veränderungen

Dass die europäische Agrarpolitik viel Geld verteilt ist keine Neuigkeit. Für 2002 sind 44,5 Mrd. Euro eingeplant. Auch wenn die tatsächlichen Ausgaben darunter liegen, es bleibt viel Geld. Interessanter als die absolute Summe wird es aber, wenn die Zahlen aufgeschlüsselt werden. Diese Arbeit hat Lutz Ribbe, Direktor der Stiftung Euronatur, nun im Rahmen eines gemeinsamen, vom Umweltbundesamt finanzierten Projektes von Euronatur und AbL geleistet. Am 16. Dezember präsentierte er in Berlin die Ergebnisse.

Dabei kommt zum Beispiel heraus, dass die 1. Säule der Agrarpolitik mit den Bereichen „Pflanzliche“ und „Tierische“ Erzeugnisse rund 90 % der EU-Agrarausgaben abgreift, während für die Zukunftsaufgabe „Entwicklung ländlicher Raum“ 10 % verbleiben. Eine Ebene tiefer zeigt sich, dass etwa die Ausgaben für Ackerkulturen mit angesetzten knapp 18 Mrd. Euro (2002) immer noch viermal so groß sind wie die gesamte 2. Säule. Nimmt man nur die Agrarumweltprogramme aus der 2. Säule, so machen sie wiederum 10 % der Ausgaben aus, die die Ackerkulturen beanspruchen. Allein die Maisprämie, die vor allem nach Deutschland, Frankreich und Italien geht, macht schon fast so viel aus wie die gesamten EU-Ausgaben für Agrarumweltmaßnahmen.

Mais oder Agrarumwelt

Am Beispiel der Silomaisprämie macht Ribbe deutlich, dass Agrarpolitik nicht immer logisch ist, sondern viel mit Lobbyinteressen zu tun hat. Denn die Maisprämie gehört als Flächenprämie zu den Direktzahlungen, die 1992 eingeführt wurden. Sie sollten die damals beschlossenen Preissenkungen für Interventionsprodukte ausgleichen. Silomais war aber nie ein Interventionsprodukt, wurde gleichwohl in den „Ausgleich“ mit einbezogen und damit im Vergleich zum Futterkonkurrenten Grünland erheblich besser gestellt. Für Silomais wird bis zu 450 Euro je Hektar gezahlt, für Grünland nichts. Ribbe: „Dies zeigt, wie groß nach wie vor der Einfluss derer ist, die mit ihrer Lobbypolitik in den letzten Jahren eine umweltpolitisch abträgliche Agrarpolitik massiv mitgestaltet haben.“

Auch zur Frage der Verteilung der Direktzahlungen auf die Betriebe macht die Studie Aussagen. 79 % aller Betriebe in der EU, die Direktzahlungen erhalten, bekommen weniger als 5.000 Euro im Jahr (bezogen auf das Jahr 1999). Diese knapp 80 % Betriebe

ziehen aber lediglich 18 % aller Direktzahlungen. Umgekehrt erhalten also rund 20 % der Betriebe rund 80 % der Mittel. Die Zahlen belegen den Reformbedarf, wie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Umweltbundesamt, Euronatur und AbL in Berlin sowohl UBA-Fachbereichsleiter Dr. Hans-Jürgen Nantke als auch Lutz Ribbe und AbL-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf betonten.

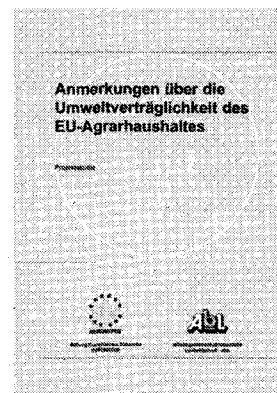
„Dann ist Geld mehr wert“

„Durch die Anbindung von Arbeit und Umwelt, in die EU-Kommissar Fischler mit seinen Reformvorschlägen obligatorisch einsteigen will, wird das Geld sozial und ökologisch qualifiziert. Das Geld wird somit mehr wert, weil es im Sinne der gesellschaftlichen Anforderungen effektiver eingesetzt wird.“ Graefe rechnete vor, dass die Benachteiligung von Grünland gegenüber dem Silomais auf die Milch umgerechnet bis zu 5 Cent pro Liter ausmache. „So wirkt das Geld zerstörerisch.“

Das zeige sich auch, wenn die Direktzahlungen auf die im Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte umgelegt werden. „Es bekommen heute rationalisierte Ackerbaubetriebe 150.000 Euro pro Arbeitskraft, jedes Jahr. Die bäuerlichen Betriebe erhalten nicht mal ein Zehntel davon. Bei gleichen Märkten ist das eine unglaubliche Wettbewerbsverzerrung, und auch gesellschaftlich lässt sich das nicht mehr erklären“, unterstrich Graefe zu Baringdorf. Deshalb sei die Bindung der Zahlungen an Arbeit und Umwelt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bäuerlicher Betriebe gerichtet.

Graefe begrüßte die Entkopplung der Zahlungen von der Produktion, die ebenfalls Bestandteil der Kommissionsvorschläge ist. Sie dürfe aber nicht als Entkopplung von der Bewirtschaftung betrieben werden. „Es geht nicht darum, womöglich das Nichtstun auf Tausenden von Hektaren zu bezahlen.“ Auch deshalb müsse die Entkopplung mit der sozial gestaffelten Modulation zwingend verbunden werden. „Sonst bleiben die unglaublichen Benachteiligungen bestehen oder werden auf die Spitze getrieben.“ uj

Die Studie „Anmerkungen über die Umweltverträglichkeit des EU-Agrarhaushaltes“ ist gegen einen Kostenbeitrag von 4 € bei Euronatur (www.euronatur.org) oder der AbL zu bestellen.



EU bekommt 35 Prozent Ackerfläche dazu

Polen hat die größte Landwirtschaft, Ungarn das größte Exportplus

Am 13. Dezember hat die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, Malta, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern erfolgreich abgeschlossen. Am 1. Mai 2004 wird sie um zehn Staaten auf 25 Mitglieder wachsen, was ihre Bevölkerung um rund 75 Mio. auf über 450 Mio. erhöhen wird.

Nach Angaben der EU-Kommission bringen die Beitrittsländer der Union einen Zuwachs von 3,8 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben (bisher 6,9 Mio.), beziehungsweise 38 Mio. ha Nutzfläche (alte EU: 131 Mio. ha). Allein Polen verzeichnete 2001 ein Zehntel der Getreide-, Milch- und Schweinefleischproduktion von dem, was die alten 15 EU-Staaten zusammen auf die Waage brachten.

Den 48 Mio. Tonnen geernteten Kartoffeln aller Altmitglieder stehen 19 Mio. Tonnen in Polen gegenüber. Bei der Gegenüberstellung von Import aus und Export in die EU stach Ungarn hervor. Während die anderen Beitrittsländer fast doppelt so viel Geld für Waren aus den EU-Staaten ausgaben, wie sie für den Verkauf ihrer Produkte erhielten, war es 2001 bei Ungarn genau umgekehrt: 1,1 Mrd. Euro brachte dem kleinen Land der Export in die EU-Staaten, für nur 566 Mio. Euro importierten die Ungarn Ware aus der Europäischen Union.

Bis zum letzten Moment dauerten die Verhandlungen um die Integration der neuen Mitgliedsstaaten in das System der landwirtschaftlichen Direktzahlungen. Hierfür waren von den alten Mitgliedern höchstens 40,4 Mrd. Euro für

die Periode 2004 bis 2006 vorgesehen. Doch Polen forderte mehr Geld für seine Bauern.

Aus den 8,6 Mrd. Euro, die bisher innerhalb des genannten Finanzrahmens für Strukturprojekte (Beihilfen für Infrastrukturprojekte in benachteiligten Regionen) für Polen vorgesehen waren, wird nun eine Milliarde in eine Budgethilfe für die Jahre 2005 und 2006 umgewandelt. Außerdem wurde das Direktzahlungsmodell ein letztes Mal geändert: Zwar werden die Bauern in den neuen Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt in den ersten drei Jahren nur 25, 30 und 35 Prozent des üblichen Niveaus an Direktzahlungen erhalten, doch können die nationalen Regierungen bis auf 55, 60 und 65 Prozent aufstocken. Bis auf 40 Prozent können sie durch Umschichtungen

aus dem EU-Subventionstopf für ländliche Entwicklung gehen, darüber hinaus müssen sie auf den eigenen Staatshaushalt zurückgreifen. „Dies ist nicht in unserem Sinne“, sagte der AbL-Bundvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf in Straßburg. Schließlich sei dies Geld für die 2. Säule vorgesehen. Er äußerte allerdings auch Verständnis für die polnische Seite. Den Beitrittsländern sei eine „unfertige Reform“ angeboten worden. Ein Skandal wäre allerdings, wenn Abmachungen dieser Art nun zum Anlass genommen würden, die Reform der Agrarfinanzierung ganz auszusetzen. „Die AbL erwartet von der EU-Kommission, an ihrem Reformkurs festzuhalten“, sagte Graefe zu Baringdorf. la

„Kleine Betriebe mit großen Probleme“

Der EU-Beitritt Polens wird den Trend zu Großbetrieben weiter verstärken

Viele Bauern in Polen sehen dem EU-Beitritt mit Sorge entgegen. Zu Recht. Nach Schätzungen der EU-Behörden werden von den etwa zwei Millionen landwirtschaftlichen Betrieben weniger als eine halbe Million die kommenden Jahre überstehen. Treffen wird es natürlich die kleinen und kleinsten Höfe. Die großen Betriebe dagegen werden – wie die Großbetriebe im Westen – von hohen Subventionen profitieren.

Heino Cordes, Bioland-Gemüsebauer aus der Umgebung von Bremen, beschäftigt seit Jahren Saisonkräfte aus dem östlichen Nachbarland. „Früher haben die Arbeiter mit dem Verdienst in Deutschland ihr Haus in Polen finanziert – heute bringen sie damit ihre Familien durch“, bringt es der Landwirt auf dem Punkt. „Und das dies notwendig ist, liegt an der schon jetzt schwierigen Situation der Landwirtschaft. Der EU-Beitritt wird den Druck auf die kleineren Höfe verstärken, dessen sind sich die Bauern bewusst. „Die Landwirte haben in Polen keine Ausweichmöglichkeit“, dies hätten die polnischen Aushilfskräfte ihm berichtet. „Sie können nur auf den Höfen ihren Erwerb verdienen.“ Und da sehe es gerade für kleinste Betriebe von fünf bis sieben Hektar schlecht aus. „Den jüngeren polnischen Bauern ist klar, dass sie etwas ändern müssen“, schätzt Heino Cordes. „Aber die Älteren machen weiter wie sie es gewohnt sind.“

Sehr viel optimistischer sieht Martin Petrick vom Institut für Agrarwissenschaft der Osteuropäischen Länder (IAMO) die



Darauf sind viele in Polen angewiesen: Vermarktung in ganz kleinem Rahmen. Foto: Archiv

Zukunft der polnischen Betriebe. „Der EU-Beitritt kommt ja nicht über Nacht“, gibt er zu bedenken. „Seit Jahren bereitet sich das Land vor.“ Eine staatliche Unterstützung gebe es schon länger – nun werde sie durch die EU-Direktzahlungen ersetzt. „Die Direktzahlungen der alten EU-Länder sinken, die der neuen steigen, bis sich beide treffen.“ Der IAMO-Mitarbeiter sorgt sich mehr um die Verarbeiter der landwirtschaftlichen Produkte. „Für die bedeuten die strengeren Hygieneauflagen starke Einschnitte.“ Der Agrarexperte wehrt sich auch dagegen, große und kleine landwirtschaftliche Betriebe gegeneinander auszuspielen. „Im Südosten des Landes befinden sich Kleinbetriebe, während der Nordwesten von Großbetrieben dominiert wird, wie sie sich zu DDR-Zeiten in Ostdeutschland gebildet haben.“ Da die wenigsten Höfe landesweit vermarkten, würden also nur „die

Kleinen mit den Kleinen und die Großen mit den Großen konkurrieren“, ist Martin Petrick überzeugt.

Dies sieht Jadwiga Rotenberg ganz anders. Die Polin führt mit ihrem Mann ein internationales Unternehmen für landwirtschaftliche Maschinen in Gütersloh. Sie arbeitete zuvor als Beraterin für Bauern in Polen. „Manchen Betrieben geht es besser als denen in Deutschland“, berichtet sie. „Und diese werden weiter florieren.“ Das hänge teils mit der Größe zusammen, liege aber auch daran, dass diese Großbetriebe investiert hätten und auf Marktveränderungen eingegangen seien, beispielsweise statt Getreide Möhren anzubauen. Die winzigen Höfe von bloß zwei bis drei Hektar werden alle verschwinden, lautet ihre Prognose – mit Ausnahme von Gemüsebauern, die ihre Produkte in einer nahen Stadt verkaufen können. „Früher war es möglich, mit ei-

nem winzigen Hof die Familie zu ernähren“, erinnert sich Jadwiga Rotenberg. „Heute haben die Kleinen keine Chance mehr.“

Der radikalste Beitrittgegner in Polen aber kommt aus Deutschland. Carl Beddermann arbeitete als Berater der EU in Warschau. Als er im Sommer 2002 in dem polnischen Boulevardblatt *Super-Express* die hohen Gehälter der nach Polen geschickten Experten kritisierte, verlor er seinen Posten. „Sie haben mich nicht direkt entlassen, denn dazu hatten sie keine Handhabe“, berichtet Beddermann. „Sie haben Druck auf die polnische Seite ausgeübt, damit diese mich als nicht mehr vertrauenswürdig bezeichnet.“ Aber an seinen Schreibtisch im niedersächsischen Umweltministerium kehrte er nicht wie angeordnet zurück. Stattdessen hat er sich krank gemeldet und zieht über das Land, um die Polen vor dem Beitritt zu warnen. „Die haben ja alle keine Ahnung, was auf sie zukommt“, meint er. Das Geld aus Brüssel sei ein Köder, mit dem 80 Prozent der polnischen Bauern zu ihrem eigenen Untergang gelockt werden sollen.

Dass ausgerechnet ein von der EU gesandter ehemaliger Berater nun gegen die EU-Erweiterung zu Felde zieht, ist brisant, weil im Juni das Referendum zum Beitritt ansteht. Und bis dahin, so heißt es in EU-Kreisen, sei noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten, damit die Bevölkerung bei der Abstimmung nicht die Pläne der europäischen Regierungen zunichte macht. la

SDF: Flucht in die Größe gescheitert

Der Schweizer Milchriese „Swiss Dairy Food“ (SDF) ist am Ende und wird wohl stückweise an Konkurrenten (u.a. „Emmi“) verkauft. Laut *Neuer Zürcher Zeitung* scheiterte die bisherige Nummer Zwei der Schweizer Milchbranche an ihren Fusionen, ihren Überkapazitäten, Verschuldung und Mangel an Innovationen. Durch die Fusions-„Flucht in die Größe“ hätten sich alle diese negativen Faktoren noch verstärkt. So entstand durch die Fusionen der Molkereien Intermilch, Miba, Orlait, Toni und Sântis der 17größte internationale Milchkonzern, der unter den Top ten in Europa rangierte. Den Bauern wurde jedoch (oder gerade deswegen) ein wesentlich schlechterer Milchpreis ausgezahlt, ein Drittel der Milchmenge wanderte ab zur Konkurrenz. SDF bringt jetzt Tausende von Arbeitnehmern und 7.000 Milchbauern in Schwierigkeiten. en

Fehl-Subvention

Europas größter Geflügelkonzern Doudou (Marken: „Gutsgold“, „Pere Dodu“) will die Produktion in seinem vorpommerschen Werk Grimmen drastisch zurückfahren, 80 Mitarbeiter wurden bereits entlassen. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hatte die Investitionen des Konzerns in der Vergangenheit massiv subventioniert. pm

Verkaufsstrategie

Demeter hat auf der Mitgliederversammlung in Sonnenhausen bei München beschlossen, auch weiterhin nur den Fachmarkt und nicht Supermärkte zu beliefern. Die bislang laufenden Kooperationen mit tegut und Edeka Südwest bleiben davon unberührt. Die seit vier Jahren angewandte Strategie soll nun mit neuen Kriterien, wie der Beratungskompetenz der Verkäufer, der Präsentation, Beteiligung an Demeter-Kampagnen sowie Verkaufspreisen „im Premium-Bereich“ erweitert werden. Für 2003 ist die Einführung eines biologisch-dynamischen Siegels geplant. la

Dänische Gülleopfer

Nicht nur in Holland, Flandern oder Süddänemark gibt es massive Probleme durch die hohe regionale Viehdichten. Laut dpa hat sich auch in Dänemark ein sogenannter „Landesverband der Gülle-Opfer“ gegründet, der gegen die Geruchsbelästigung und durch die Belastung der Gewässer durch die 23 Millionen dänischen Schweine angehen will. pm

Kastrationsverbot

Das Kastrieren von Ferkeln wird ab 2009 verboten sein, schon ab August 2003 darf es nur noch von Tierärzten durchgeführt werden. Der Schweine- und Fleisch-Branchenverband Norsvin verhandelt laut DLG-Mitteilungen mit der Regierung wegen eines Ausgleichs der Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischem Schweinefleisch. pm

Gentechnikfreie Region in Österreich

Das österreichische Waldviertel soll zu einer der größten gentechnikfreien Anbauregionen Europas werden. Die Regierung stellt 1,3 Mio Euro für das Projekt zur Verfügung. Bei einer Umfrage der Umweltorganisation Global haben sich 93 Prozent der Österreicher dafür ausgesprochen, dass die neue Bundesregierung die Landwirtschaft Österreichs gentechnikfrei halten soll. en

Beregnungsverbot bei Saatkartoffeln

In den Niederlanden haben sich die Erzeuger mit überwältigender Mehrheit für ein Beregnungsverbot beim Anbau von Saatkartoffeln ausgesprochen. Laut Internet-Dienst Agriholland will man damit die Infektion mit Schoorf und Braunfäule zurückdrängen. en

Knochenmehl in US-Futtermitteln

In amerikanischem Importfutter, das aus Nebenprodukten der Alkoholherstellung besteht, haben irische Behörden erneut beigemischt Knochenmehl entdeckt. Das Futter wird vernichtet. pm

Baugenehmigung zu verkaufen

In Agrarblättern werden derzeit zum Erwerb angeboten: nicht nur Gülleenachweisflächen, Stilllegungs- oder „Ackerprämienberechtigungen“, sondern jetzt sogar in top agrar eine „Baugenehmigung für einen Schweinemaststall mit 1.500 Plätzen“. en

KURZES AM RANDE

Westfleisch-Nordfleisch-Fusion geplatzt

Nach jahrelangen Verhandlungen ist die geplante Fusion zwischen den Schlachtkonzernen Westfleisch und Nordfleisch zum zweitgrößten Fleischkonzern Europas geplatzt. Als Grund wurde angegeben, man habe sich über die „finanziellen Rahmenbedingungen“ nicht einigen können. Gemeint ist damit offenbar, dass die (selbst angeschlagenen) Gläubigerbanken abgelehnt hatten, der Nordfleisch bei ihren finanziellen Belastungen erneut beizuspringen. Die Manager der beiden Fleischunternehmen beklagen, die Großgenossenschaften könnten gegenüber den Handelsketten und anderen europäischen Fleischkonzernen ins



Fleischer bei der Arbeit Foto: Archiv

Hindertreffen geraten. Auch Bauernverbands-Vize und Nordfleisch-Aufsichtsrat Wilhelm Niemeyer stimmte in diese Klage ein und forderte eine neue Partnersuche bei ausländischen Fleischkonzernen. Weniger die Lage der Fleischkonzerne und mehr die Lage der Bauern im Blick hatte dagegen die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nordwestdeutschlands (ISN): Die hat offenbar den Glauben daran verloren, dass starke Großgenossenschaften auch gut für die Landwirte sein sollen. Im Gegenteil: Die ISN hatte davor gewarnt, dass das Westfleisch-Nordfleisch-Monopol zu schlechteren Erzeugerpreisen führen würde. pm

Milch-Riesen

Mitten im Umbruch sieht eine Marktstudie der Rabobank die Großunternehmen der europäischen Milchindustrie. Durch ein höheres Milchangebot sowie die zurückgekehrte Produktion von Milchpulver sei es zu einem Mehrangebot von Butter und Magermilchpulver gekommen, die mangels Exportmöglichkeiten nun in die EU-Interventionslager gingen. Während in der Wirtschaft allgemein eine Zurückhaltung hinsichtlich Übernahmen und Fusionen beobachtet wird, kam es in der Milchwirtschaft zwischen Januar 2000 und Juli 2002 weltweit zu 331 Fusionen bzw. Übernahmen, 58 Prozent davon bei

europäischen Unternehmen. Die Rabobank-Studie listet für jedes Land die markt führenden Molkereien auf und beobachtet dabei eine rege Übernahmefähigkeit westeuropäischer Milchunternehmen in Osteuropa. Aufgelistet werden auch die weltgrößten Milchkonzerne: Dabei steht der Multi Nestlé auf Platz Eins mit einem Umsatz bei Milcherzeugnissen von 15,1 Mrd. Euro. Die Fusionswelle in den USA katapultierte Dean Foods, Dairy Farmers of America, Kraft Foods, Land O' Lakes und National Dairy Holdings auf Plätze unter den weltweit größten 20 Unternehmen. en

Firma	Herkunft	Mrd. € Umsatz Milchprodukte/Jahr
1. Nestlé	Schweiz	15,1
2. Dean Foods	USA	9,7
3. Dairy Farmers of America	USA	8,8
4. Kraft Foods	USA	7
5. Danone	Frankreich	6,9
6. Fonterra	Neuseeland	6,5
7. Parmalat	Italien	6,3
8. Unilever	Niederlande	5,6
9. Lactalis	Frankreich	5,5
10. Arla Foods	Dänemark	5,7
11. Meiji Dairies	Japan	4,7
12. Friesland Coberco Dairy Foods	Niederlande	4,2
13. Bongrain	Frankreich	4
14. Morinaga Milk Industrie	Japan	4
15. Land O' Lakes	USA	4
16. Campina	Niederlande	3,9
17. Snow Brand Milk Products	Japan	3,3
18. Sodiaal	Frankreich	2,7
19. National Dairy Holdings	USA	2,6
20. Nordmilch	Deutschland	2,4
21. Humana Milchunion	Deutschland	2,4

BVVG wehrt sich gegen AbL-Vorwürfe

Große Sorge davor, dass EU-Kommission AbL-Beschwerde annimmt und Flächenvergabe erneut prüft

Blöß nichts anbrennen lassen will die Geschäftsführung der bundeseigenen „Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH“, kurz BVVG. Als Reaktion auf verschiedene AbL-Aktivitäten, die in den letzten Monaten viel Widerhall in den Medien gefunden haben, hat die BVVG Ende November zu einer gesonderten Pressekonferenz eingeladen, um ihre Sicht der Dinge darzulegen. Besonders eine Beschwerde der AbL bei der EU-Kommission sorgt im Berliner Hauptsitz der BVVG für Unruhe. Denn wenn die EU-Kommission die Beschwerde der AbL annimmt, dann wird die Praxis bei Verpachtung und Verkauf bundeseigener Flächen in den neuen Bundesländern erneut einer gründlichen Prüfung unterzogen.

Es geht dabei vor allem um die Frage, ob die Bedingungen, zu denen die BVVG die heute noch rund 800.000 ha landwirtschaftlichen Flächen verpachtet oder verkauft, einen Subventionstatbestand darstellen, der dem EU-Wettbewerbsrecht widerspricht. Zudem ist der Vorwurf der Diskriminierung zu prüfen, ob also ein Teil der Betriebe bei Verpachtung und Verkauf gegenüber der Mehrheit der Betriebe bevorzugt wird. Denn laut AbL sind in Mec-

klenburg-Vorpommern rund 70 Prozent der Betriebe von der Pacht von BVVG-Flächen ausgeschlossen, in Brandenburg sogar rund 75 Prozent. Und weil nur die Betriebe, die bisher langfristige Pachtverträge haben, nach Pachtende die Flächen um bis zu 35 Prozent (in benachteiligten Gebieten um bis zu 75 Prozent) verbilligt kaufen können, drohe sich die Benachteiligung der Mehrheit fortzusetzen, so die AbL.

BVVG-Geschäftsführer Dr. Wilhelm Müller warnte vor den Folgen einer Prüfung durch die Kommission. Schon jetzt sei die Verunsicherung unter den derzeitigen Pächtern groß. Die Vorwürfe der AbL sieht Müller als unhaltbar an: „Wir haben nie subventioniert verpachtet“, so Müller. Der Pachtzins orientiere sich immer am „ortüblichen Pachtzins“. Das sei zwar „ein sehr schillernder Begriff“, doch zeige ein Vergleich mit den Durchschnittspreisen auf dem freien Pachtmarkt, dass die Neuabschlüsse der BVVG in etwa auf diesem Level lägen. Laut Müller stünden pro Jahr allerdings nur bis zu 3.000 ha zur Neuverpachtung an. Bei den bestehenden Altverträgen ermöglichten die üblichen Vertragsregeln nur eine begrenzte Pachtpreis-



In Brandenburg sind 75 Prozent der Höfe von der Pacht der BVVG-Flächen ausgeschlossen.
Foto: Schimpf

angleichung an den freien Marktpreis. „Höhere Anpassungsschritte erreichen wir bei der Verlängerung der Vertragslaufzeiten auf 18 Jahre, das heißt, wenn man auch was bieten kann“, so Dr. Wolfgang Horstmann, ebenfalls BVVG-Geschäftsführer, auf der Pressekonferenz. *uj*

An die Wand gedrängt

Über seine Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern an BVVG-Flächen zu kommen berichtet ein ostdeutscher Landwirt

Meine Erfahrungen zum Thema Landverteilung öffentlicher Flächen der Treuhand-Nachfolgerin BVVG möchte ich im folgenden beschreiben:

Mein Vater und ich bemühen uns seit ca. zehn Jahren um die Pacht und den Kauf landwirtschaftlicher Flächen bei der BVVG, um unseren landwirtschaftlichen Betrieb in der Nähe von Wismar in Mecklenburg auf eine zukunftsfähige Größe zubringen. Bisher ohne Erfolg. Wir bewirtschaften zur Zeit 190 ha und planen den Aufbau einer Tierhaltung, eventuell nach den Kriterien des NEULAND-Programmes.

Die Aussage der BVVG ist immer gleichlautend: Alle für uns in Frage kommenden Flächen sind langfristig verpachtet. An unseren Betrieb grenzt eine ehemalige LPG. Dieser Großbetrieb erhielt erst im Jahre 2000 eine Pachtverlängerung mehrerer Pachtverträge von insgesamt über 700 ha bis zum Jahre 2016 mit einer Gesamtlaufzeit bis zu 24 Jahren.

Der Pachtvertrag eines Teils dieser Flächen begann interessanterweise erst 1996, kurz nachdem man uns auf unsere wiederholten Anträge auf Pacht oder Kauf mitgeteilt hat-

te, alles sei schon langfristig vergeben.

Kurz vor der Verlängerung, am 11.8.2000 schrieb uns wiederum die BVVG, alle von uns beantragten Flächen, darunter auch Flächen in Bewirtschaftung des Landhofs Bobitz, seien langfristig verpachtet. Zu diesem Zeitpunkt waren die Flächen nur bis 2004 verpachtet und wurden sechs Wochen später bis zum Jahre 2016 verlängert. In einem Gespräch mit dem Niederlassungsleiter der BVVG Schwerin vom 19.10.02 erklärte mir dieser, dass die BVVG ausschließlich die Vorgaben der Politik umsetzt. Diese lauten: Verlängerung der Pachtverträge um weitere sechs Jahre auf insgesamt maximal 18 Jahre. Dieses Verfahren sei auch beim oben genannten Großbetrieb angewandt worden, die Flächen seien bis spätestens 2012 verpachtet. Es wird deutlich, dass sich die BVVG nicht an die ohnehin schon ungerichten politischen Vorgaben hält, und ihr die Unrechtmäßigkeit wohl auch bewusst ist. Ich habe daraufhin bei der Staatsanwaltschaft Rostock Anzeige wegen Veruntreuung und persönlicher Vorteilsnahme erstattet.

Ein Betrieb wie die genannte ehemalige

LPG wird hier mit billigen Pachtflächen subventioniert:

705 ha mal 166 Euro = 117.030 Euro jährlich, bei einer öffentlichen Ausschreibung wäre ein Pachtpreis von mindestens 500 DM oder 255 Euro erzielt worden (niedrig angesetzt): 705 mal 255 Euro = 179.775 Euro macht eine Pachtsubvention von 62.745 Euro mal 16 Jahre = 1.003.920 Euro. Dazu kommt, dass nur der Pächter, auch verbilligt, kaufen darf. Durch derartige Subventionen und nicht Bedienen der Altschulden wird der Betrieb wiederum in die Lage versetzt, auch auf dem privaten Markt zu kaufen, so dass es für Betriebe wie unserem auch auf dem freien Markt immer schwerer wird, Flächen zu bekommen. Etwa 30 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern haben überhaupt BVVG-Flächen, von den pachtenden Betrieben hat wiederum nur ein kleiner Teil erhebliche Flächen bekommen. Hier wird eine kleine Anzahl von Betrieben mit Milliardensummen von Subventionen gefüttert und dadurch kleinere Betriebe in neuen und auch alten Bundesländern an die Wand gedrängt.

Franz Joachim Bienstein

Gestaffelte Prämien

Wenn die EU-Kommission am 22. Dezember ihre Entwürfe zur Halbzeitbewertung präsentiert, wird darin nach wie vor die Kapazitätsgrenze von 300.000 Euro enthalten sein. Bundeslandwirtschaftsministerin Künast denkt an eine stärkere Berücksichtigung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte. Damit könnten die Prämien dann degressiv ausgestaltet werden. Im Ministerium werden zur Zeit verschiedene Varianten durchgerechnet. Die Arbeitsplätze in den neuen Ländern sollten nicht gefährdet werden, allerdings sei nicht zu bestreiten, dass es im Ackerbau eine Überförderung gebe, so Künast. pm

Cerealia bei VK Mühlen

Der schwedische Genossenschaftskonzern Cerealia hat sich mit elf Prozent Kapitalanteil in den größten deutschen Mühlenkonzern VK Mühlen AG eingekauft. Die VK Mühlen („Diamantmehl“, „Gloria“, „Aurora“, „Müller's Mühle“) ist mit 21 Prozent Marktanteil Marktführer, gefolgt von den Werhahn-Mühlen (13 Prozent) und den Roland-Mühlen. Haupteigner der VK Mühlen AG sind: die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, die Agrar-Industrie-Holding (u. a. Südzucker), die Deutsche Raiffeisen-Warenbeteiligungs GmbH, die AC-Toepper International (Tochter des amerikanischen Multis ADM) sowie die Gothaer Versicherung. en

Sobel/Bestmeat kauft Moksel

Moksel, mit zwei Mrd. Euro Jahresumsatz der größte deutsche Fleischkonzern, wird mehrheitlich vom niederländischen Sobel-Konzern übernommen. Der frühere Eigentümer Moksel und sein Unternehmen waren seit langem in Schwierigkeiten, nachdem sie seit der Wende ihre politisch begünstigten Ostblock-Geschäfte nicht mehr nutzen konnten. Hinzu kamen zahlreiche „Unregelmäßigkeiten“ bei DDR- und Wiedervereinigungs-Geschäften. Mit der Sobel-Gruppe dringt erstmals ein ausländischer Fleischkonzern in den deutschen Markt vor, der (nach dem Konkurs von Löblein) von Nordfleisch, Westfleisch, Südfleisch, Tönnies und D&S-Fleisch dominiert wird. Sobel, im Besitz der NBC Ontwikkeling, hat für die Übernahme zwei neue Firmen gegründet: die Bestmeat und die Dachgesellschaft Best Agrifund NV. Branchen-Insider berichten über eine zunehmende Sobel-Nähe zum niederländischen Fleisch-Marktführer Dumeco. pm

Moksel-Mutterkühe

Über 1.000 Mutterkühe auf 1.200 Hektar Grünland und 700 Hektar Acker hält ein Tochterunternehmen der Alexander Moksel AG, die „Landhof Drömling GmbH Köckte“, seit der Wende in Sachsen-Anhalt. Wie die *Bauernzeitung* berichtet, stammt ein großer Teil der Betriebseinkünfte aus Tierprämien und Landschaftspflege-Subventionen. pm

Unkraut-Globalisierung

Eine Globalisierung der Unkrautflora hat im Deutschlandfunk der Hohenheimer Phytomediziner Professor Hurlle vorausgesagt. In Kulturen wie dem Mais, der mit gleichen Anbausystemen und Herbiziden in den verschiedensten Erdteilen angebaut werden, würden sich weltweit die gleichen Unkräuter vermehren. Neue Unkräuter ohne natürliche Feinde in unseren Zonen breiteten sich aus, wie z. B. das Malvengewächs Sandpappel, das vermutlich durch Geflügelfutter eingeschleppt sei. Die Sandpappel mache bereits in Amerika und in der Ukraine große Probleme, und zunehmend auch im Mais- und Rübenanbau Norditaliens, Tschechiens, Ungarns und immer mehr Gegenden Deutschlands. en

Parasiten-Resistenzen

Zunehmende Resistenzen von parasitischen Rund- und Fadenwürmern in der Tierhaltung gegen Nematizid-Medikamente beobachten Tierärzte laut Deutschlandfunk seit mehreren Jahren. Professor von Samsun (TiHo Hannover) führt das auf den intensiven Gebrauch von nur 4 chemischen Wirkstoffgruppen zurück. In einigen Regionen Europas und Amerikas seien schon zwei Wirkstoffgruppen unwirksam, in tropischen Gebieten würde keinerlei Wirkstoff mehr helfen. Die Pharmakonzerne seien nicht an der Entwicklung neuer Wirkstoffe interessiert. Deshalb plädierte von Samsun für die Weiterentwicklung und den Einsatz biologischer Verfahren mit Verfütterung nematodenfeindlicher Pilzsporen. en

Agrochemie-Konzerne

Über anhaltende Schwierigkeiten der BASF nach der Übernahme des Pflanzenschutz-Geschäfts des US-Konzerns AHP vor zwei Jahren berichtet die FAZ, auch im Hinblick auf die geplante Übernahme der Insektizid-Sparte von Aventis (übernommen von Bayer). Laut FAZ dominieren folgende Agrochemie-Hersteller den Markt: Syngenta (7,1 Mrd. Euro Umsatz incl. Saatgut), Bayer (7 Mrd.), Monsanto (5,8), DuPont (4,3), BASF (3,5) und Dow (3,2). en

KURZES AM RANDE

Neuer Landvolk-Präsident

Der „unternehmerisch orientierte“ Werner Hilse löst Wilhelm Niemeyer ab

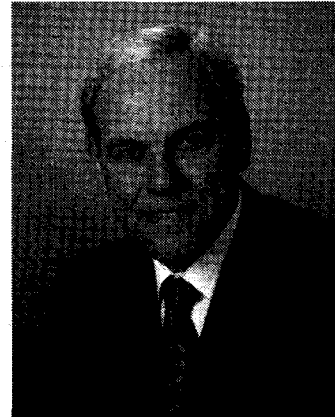
Anfang Dezember hat der Niedersächsische Landvolkverband (einer der mächtigsten Landesverbände des Deutschen Bauernverbands) einen neuen Präsidenten gewählt. Der bisherige Amtsinhaber Wilhelm Niemeyer kandidierte nicht mehr, behält aber wohl zunächst seine zahlreichen sonstigen Spitzen-Posten im genossenschaftlichen Agrobusiness (z.B. als Aufsichtsratsvorsitzender der Nordfleisch) und seine Funktionen in den Gremien von Raiffeisen-Hauptgenossenschaften, Rentenbank, Warenterminbörse, VGH- und Tierversicherung sowie als Mitglied des ZDF-Fernsehrats (siehe Bauernstimme 7/01).

Zu seinem Nachfolger wurde der 50jährige Werner Hilse aus Warpke (Lüchow-Dannenberg) gewählt. Der laut top agrar „unternehmerisch orientierte“ Landwirt bewirtschaftet einen Betrieb mit mittlerweile 330 ha und 1.000 Schweinemastplätzen. Neuerdings baut Hilse mit anderen Oldenburger Unternehmen Putenmastställe mit 40.000 Tieren in Darnebeck (Sachsen-Anhalt), gegen die Proteste einer Bürgerinitiative. Als Kreisvorsitzender des Landvolks wurde er von vielen Bauern als sachkundig, engagiert, realistisch und offen eingeschätzt. Er habe z.B. in Sachen Atommüll-Lagerung in Gorleben oft mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft zusammengearbeitet. Die verbreitete Kritik an der Verfilzung zwischen Bauernverbandsspitzen und Agrobusiness mag der Grund dafür sein, dass die Verbandszeitung *Das Landvolk* noch vor Hilses Wahl über seine wichtigsten außerverbandlichen Funktionen informierte: Werner Hilse ist als Kartoffelbauer bisher vor allem in Organisationen dieser Branche engagiert: Er ist Vorsitzender im Bundesverband der Stärkekartoffelerzeuger,

im Verein der Europäischen Stärkekartoffelerzeuger, im DBV-Fachausschuss Kartoffeln, im CMA-Produktausschuss Kartoffeln, in der Wittinger Biodiesel e.G., außerdem stellvertretender Vorsitzender des niederländischen Stärke-Konzerns Avebe. Weitere Funktionen: Vorstand der Landwirtschaftskammer Hannover, Anstaltsversammlung der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Fachagentur Wachsende Rohstoffe (FNR) und Aufsichtsrat der LSH-Versicherungen.

Auch in der kürzlich gegründeten „Unika“, der Union der deutschen Kartoffelwirtschaft, einer Gemeinschaftsgründung von Bauernverband und Bund Deutscher Pflanzenzüchter, ist Hilse Vorsitzender. Diese enge Verbindung zu den Pflanzenzucht-Unternehmen mag auch dazu geführt haben, dass er seitens des

Bauernverbands maßgeblich an der Ausarbeitung des umstrittenen Nachbau-Abkommens beteiligt war und dass er dieses vehement-bissig gegen Kritiker verteidigte. Bei seinem Amtsantritt forderte Hilse eine verlässlichere Agrarpolitik und neue Konzepte in Verbindung mit der Osterweiterung. Er beschrieb die Zukunft der Landwirtschaft im „unaufhörlichen Globalisierungsprozess“ als die eines Erzeugers von „hochwertigen Rohstoffen“ in Anpassung an den vorgegebenen Markt. Und er betonte gleich dreimal, der Verband müsse dabei den „engen Schulterschluss mit dem vor- und nachgelagerten Bereich suchen, also mit den Vorlieferanten und vor allem auch mit den Abnehmern und der Ernährungsindustrie“. Ob dabei auch bei ihm die eigenständige Vertretung von Bauern-Interessen leidet oder gar geopfert wird – das sollte man sorgfältig beobachten und gegebenenfalls energisch beeinflussen. gf



Werner Hilse Foto: Landvolkverband

Niemeyers World

Eine letzte Kostprobe seiner schlichten Weltanschauung vermittelte der scheidende Landvolk-Präsident und Agrobusiness-Lobbyist Niemeyer bei seiner Verabschiedung: „Ausgerechnet in einer vom Krieg seit 1945 verschonten Wohlstandsepoche haben es gewisse Politiker verstanden, eine Angstschwelle nach der anderen auszulösen... Wir erkranken und sterben gar an der Angst vor der Atomkraft, vor dem

Nato-Doppelbeschluss, vor dem sauren Regen, vor dem Waldsterben, dem Ozonloch, dem Smog, der Wasserverschmutzung, dem Fisch- und Seehundesterben, der Agrarchemie, an MKS, Schweinepest, BSE, Nitrofen, Gentechnik, und, und... Und das in erster Linie, um uns die Rezepte einer eigenartigen grünen Revolution schmackhaft zu machen.“ gf

Wir sprechen nicht von Agrarwende

Am 2. Februar wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt.

Mit dem niedersächsischen Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) sprach die Bauernstimme Anfang Dezember.

Die Landeschefin der Grünen, Rebecca Harms, wirft Ihnen vor, die Agrarwende in den zurückliegenden vier Jahre nicht voran gebracht zu haben.

Wir haben in Niedersachsen nie den Begriff Agrarwende benutzt, denn das hieße, vorher alles verkehrt gemacht zu haben und alles umstoßen zu müssen. Wir sprechen stattdessen von Neuorientierung der Agrarpolitik, und die ist deutlich erkennbar. Da muss sich Rebecca Harms einfach mal mehr um Agrarpolitik kümmern statt nur Sprechblasen zu produzieren.

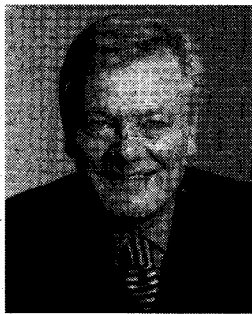
Sie planen, die Schweinemäster mit Prämien dazu zu bewegen, weniger Tiere zu mästen, bzw. zu halten.

Da haben Sie ein Beispiel für die Modulation, deren Vorkämpfer ich bin.

Dies ist allerdings auf fünf Jahre be-

grenzt. Besteht nicht die Gefahr, dass die Mäster die Prämie kassieren und nach fünf Jahren ihren Viehbestand wieder aufstocken?

Die zeitliche Begrenzung ergibt sich aus dem Fünf-Jahres-Zeitraum des Modulationsprogramms. Erst einmal wollen wir die Modulation in dieser Zeit bekommen, dafür gibt es in Deutschland zur Zeit noch keine Mehrheit. Ich hoffe, dass sich die Agrarminister der Bundesländer auf ihrer Sitzung am 13. Dezember dennoch für die Modulation entscheiden. Und was dann kommt, entscheide ich, wenn es so weit ist. Ich würde mich schon riesig freuen, für die nächsten fünf Jahre das Startsignal zu bekommen.



Uwe Bartels

Wo sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Niedersachsen: in Großbetrieben, die hohen Profit erwirtschaften, oder in kleineren Betrieben, die weniger die Landschaft in Mitleidenschaft ziehen?

Weder große noch kleine Betriebe sollten die Landschaft in Mitleidenschaft ziehen. Für alle gilt, dass sie nach den in

Deutschland sehr strengen Rechtsvorschriften des Umwelt- und Naturschutzes wirtschaften müssen. Niemand hat hier einen Bonus. Ich sehe für unterschiedliche Formen der Landbewirtschaftung Zukunftschancen. Ich kategorisiere nicht in Gut und Böse, Groß und Klein. Ich kategorisiere in wettbewerbsfähig oder nicht wettbewerbsfähig.

Die Chancen der Reform wurden nicht genutzt

Rebecca Harms ist Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen.

Wie beurteilen Sie die Agrarpolitik Niedersachsens in den vergangenen Jahren?

Landwirtschaftsminister Uwe Bartels hat lange versucht, in den Fußstapfen von Karl-Heinz Funke zu bleiben und die Veränderungen der Agrarpolitik nach der Amtsübernahme von Renate Künast für Niedersachsen auszuhebeln. Und die Neuerungen, die er akzeptiert, sind meiner Ansicht nach bis heute nicht überzeugend umgesetzt worden.

Können Sie dafür ein Beispiel geben?

Nach wie vor gilt das Massentierhaltungsgebiet Vechta-Cloppenburg als „Kompetenzregion“ – ein Zeichen dafür, dass die von Franz Fischler auf EU-Ebene begonnene und von Renate Künast auf Bundesebene konsequent umgesetzte Neuausrichtung der Landwirtschaft in Niedersachsen nicht verstanden wurde.

Immerhin plant der niedersächsische Landwirtschaftsminister, die Schweinemäster mit Prämien aus Mitteln der Modulation dazu zu bewegen, weniger Tiere zu halten.

Er fügt sich auf kleinstem Nenner ins Unvermeidliche. Außerdem macht das Herauskaufen erst dann Sinn, wenn der Stallbauboom gestoppt ist. Wenn Sie allerdings Herrn Bartels beim Gespräch mit Land-



Rebecca Harms

wirten erleben, wird deutlich, dass er lieber in den alten Spuren geblieben wäre. Ich glaube, dass wir in Niedersachsen, wo wir in weiten Teilen der Landwirtschaft von Grünland geprägt sind, viel mehr Chancen hätten, die neuen Angebote aus Berlin und Brüssel aufzugreifen

Sie werden als mögliche Nachfolgerin von Bartels gehandelt...

Das höre ich zum ersten Mal!

Was müsste sich denn in der Landespolitik Ihrer Meinung nach ändern?

Ich bin dafür, dass in Niedersachsen – wie bereits in Nordrhein-Westfalen – das Umweltministerium und das Landwirtschaftsministerium zusammengelegt werden, weil diese beiden Häuser zu oft gegeneinander statt miteinander arbeiten. Diese Zusammenlegung wäre sinnvoll, um die Vorstellungen der EU-Kommission zu verwirklichen, also Subventionen an Leistungen zu binden, die von Betrieben für die Gesellschaft erbracht werden, sowie an den sorgfältigen Umgang mit der Umwelt. Wer dort Minister wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir stehen sechs Wochen vor der Wahl. Im Moment ist alles offen in Niedersachsen. Schauen wir mal, was da am 2. Februar herauskommt.

Niedersachsen ist einer der wichtigsten Tierlieferanten in Deutschland. Ist da eine hohe Viehdichte überhaupt zu vermeiden?

Der Viehbestand ist nicht überall groß. Es gibt problematische Regionen, wo wir als Grüne seit langem für einen Abbau der Tierdichte durch Anreizprogramme geworben haben und uns die Zähne daran ausgebissen haben. In anderen Regionen Niedersachsens, wie beispielsweise im Landkreis Aurich oder dem „Nassen Dreieck“, der Wesermarsch, rennen Sie offene Türen ein, wenn Sie über das Motto „Klasse statt Masse“ und neue Förderstrukturen reden. Denn dort erfüllen Landwirte bereits heute jene Anforderungen, über die andernorts noch diskutiert wird.

Für die AbL ist noch das Verhältnis der Großbetriebe, die hohe Förderungen bekommen, und den kleinen Höfen, die sich mühsam über die Runden retten, von Interesse. Sehen Sie da in Niedersachsen Handlungsbedarf?

Die AbL hat meiner Ansicht nach anlässlich der Halbzeitbewertung das wichtigste Problem der Zahlungen an die Landwirtschaft genannt: 80 Prozent der Subventionen gehen an 20 Prozent der Betriebe. Das kann gar nichts anderes bedeuten als ein furchtbares Höfesterben. Für die Perspektive der kleineren Betriebe ist natürlich die Umkehrung dieses Verhältnisses anzustreben.

Interviews: la

Böge, Ripke oder Hahn?

Die niedersächsische CDU will für die Landtagswahl am 2. Februar ein „Zukunftsteam“ an der Seite von Spitzenkandidat Christian Wulff benennen. Als Minister für den „Ländlichen Raum“ sind laut *Niedersachsen-Presse* im Gespräch: der Europa-Abgeordnete Reimer Böge, der Lüneburger CDU-Bezirkschef und Pflanzenschutz-Experte der Landwirtschaftskammer Friedrich-Otto Ripke und der hannoversche Landwirtschaftskammer-Direktor Bernd-Udo Hahn. Im Skandal um verseuchtes Tierfutter hatte die Union bereits im Sommer den Rücktritt des Landwirtschaftsministers verlangt. Uwe Bartels sei für die behördlichen Informationspannen verantwortlich, meint ihr Agrarexperte Hans-Heinrich Eklen. pm/la

Wer wenn nicht Bäuerinnen und Bauern soll bei der Ausgestaltung des Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft mitreden und mitgestalten? Statt wieder mal andere definieren, vermessen und bestimmen zu lassen, was bäuerliche Landwirtschaft ausmacht und wohin sie sich entwickelt, nehmen Bäuerinnen und Bauern das Heft jetzt selbst in die Hand.

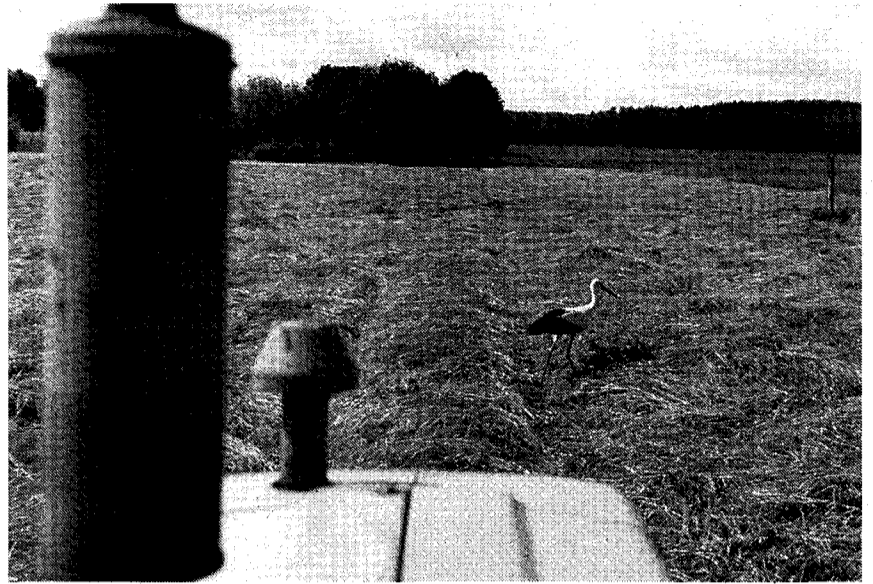


Foto: Eisenberg

Freiheit in der Betriebsführung erhalten

Anmerkungen und Fragen zur Definitionen von bäuerlicher Landwirtschaft

Als ich im vergangenen Frühjahr an der Arbeitsgruppe des Bundeslandwirtschaftsministeriums zum Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft teilnahm, beschäftigten wir uns als erstes mit der Frage: Was ist eigentlich bäuerlich? Vor meinem geistigen Auge entstand das Bild vom Bauernhof mit allen üblichen landwirtschaftlichen Nutztierarten sowie Acker- und Futterbau. Der typische Gemischtbetrieb wie aus dem Bilderbuch eben.

Doch im nächsten Moment zerfiel das Bild wieder, da diese Vorstellung nicht zeitgemäß war. Und so sagte ich – wie alle anderen auch – was bäuerliche Landwirtschaft nicht ist. Später einigten wir uns darauf, nur positiv zu beschreiben, was bäuerliche Landwirtschaft ausmacht. In den allgemein gehaltenen Punkten passen doch eine ganze Menge Betriebstypen hinein:

- „Nachhaltige Bodenbewirtschaftung und flächengebundene Tierhaltung im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zur Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse für den Markt und zur Erfüllung zusätzlicher gesellschaftlich nachgefragter Leistungen.
- Wirtschaften in überschaubaren Sozialgruppen bei Arbeiterledigung unter wesentlicher Beteiligung von Familienarbeitskräften.
- Selbstständigkeit im Wirtschaften und selbstverantwortlicher Einsatz von Kapital, Boden und Arbeitskräften im Betrieb.
- Langfristige Erhaltung der betrieblichen Grundlagen vor einseitiger Gewinnmaximierung.“

Für mich als überzeugter bäuerlicher Landwirt stellt sich dennoch die Frage: wo ziehe ich denn die Grenze zur industriell geprägten Landwirtschaft? Ist es

nur die Freiheit, über Boden, Arbeit und Kapital alleine zu entscheiden? Ist es der reine Familienbetrieb ohne Fremd-Arbeitskräfte? Wo ist die Grenze nach oben, im Bezug auf Flächenausstattung und Anzahl gehaltener Tiere? Und wie viele Tiere dürfen, unter dem Gesichtspunkt bäuerlich, pro Hektar gehalten werden?

1. Welcher Flächenbesatz?

Die letzte Frage wäre leicht zu beantworten, wenn man die Grenze dort ansetzt, ab der ein Betrieb gewerblich wird. Aber es bleibt fragwürdig, ob der 1.000 ha Betrieb mit den 5.000 Schweinemastplätzen nun bäuerlicher ist, als der Betrieb mit den 300 Sauen auf nur 25 ha Fläche, der gewerblich gewordenen ist, weil seine Nachbarn ihm keine Fläche unterverpachten? So hält er auf wenig Land viele Tiere und kann seine Gülle nur an benachbarte Ackerbaubetriebe abgeben. Fakt ist, dass je mehr Tiere pro Betrieb gehalten werden, desto höher wird der Krankheitsdruck, desto weniger artgerecht und somit auch industrieller wird diese Form der Landwirtschaft. Gewerblichkeit alleine reicht als Merkmal von Bäuerlichkeit nicht aus.

2. Verfügbarkeit und Größe

Wenn ich zwischen der freien Verfügbarkeit von Arbeit, Boden und Kapital und hohen Tierbeständen abwäge, neige ich dazu, der Entscheidungsfreiheit mehr Gewicht zu geben. Ein Betrieb mit beispielsweise 2.000 Schweinemastplätzen, der Eigentümer seines Stalles ist und auch noch frei entscheiden kann, wo er sein Futter und von wem er seine Ferkel kauft, ist in meinen Augen bäuerlicher als ein Betrieb mit nur halb so vielen Mastplätzen, aber ohne Entscheidungsfreiheit über Fut-

ter und Ferkelherkunft. Diese Form der Leibeigenschaft ist glücklicherweise lediglich in der Geflügelhaltung weit verbreitet. Allerdings nicht nur in der konventionellen sondern inzwischen auch im ökologischen Landbau. Und hier beginnt für mich auch die Ökolandwirtschaft zu industrialisieren.

3. Artgerechte Tierhaltung sichtbar erhalten

Bäuerlichkeit hat nicht direkt etwas mit artgerechter Tierhaltung zu tun. Wäre nicht artgerechte Tierhaltung im engeren Sinne ein Ausschlusskriterium, dann könnten sich die meisten Betriebe nicht mehr bäuerlich nennen. Denn die Spaltenbodenhaltung mit Belegdichten wie es die Tierhaltungsverordnung gerade noch erlaubt, ist auf die meisten schweinehaltenden Betriebe vorgedrungen. Mit Sorge ist zu beobachten, dass sich auch der Milchviehbetrieb verändert, der wie kein anderer Betriebstyp mit im Sommer weidenden Kühen und Färsen, dem Verbraucher deutlich macht, hier wird noch sichtbar Landwirtschaft betrieben. Immer mehr Kühe bleiben das ganze Jahr im Stall, weil die Tiere mit ihrer hohen Milchleistung auf Grünland nicht mehr ausreichend mit Energie versorgt werden können. Doch wenn es vielleicht irgendwann kaum noch Vieh auf den Weiden gibt, dann wird man dem Verbraucher auch immer schwieriger bäuerliche Landwirtschaft vermitteln können, weil die Erzeugung von Lebensmitteln nicht mehr sichtbar ist.

4. Arbeitsplätze schaffen über die Verwandtschaft hinaus

Der Anteil an Fremdarbeitskräften kann für mich auch keine Grenze darstellen, weil es gerade in ländlichen Regionen nicht schadet, Arbeitsplätze zu schaffen.

So muss einer Agrargenossenschaft nicht automatisch der Begriff bäuerlich aberkannt werden. Jedoch werden Flächen immer häufiger von Nichtlandwirten erworben, die ihr in der Industrie verdientes Geld in Immobilien anlegen wollen. Die Flächen werden dann von Lohnunternehmern bearbeitet oder wie auch oft zu sehen, stillgelegt. Solche Betriebe sind ebenfalls nicht bäuerlich, weil sie nur auf kurzfristige EU-Prämienoptimierung abzielen und die Flächen häufig nicht einmal nachhaltig bewirtschaftet werden.

Verfügbarkeit über Boden und Arbeit entscheidend

Als Hauptkriterium für den Begriff bäuerlich sehe ich also die Freiheit in der Betriebsführung. Diese Freiheit gilt es für uns Bauern zu verteidigen. Nur wenn Bauern nicht direkt von der Industrie abhängen, können sie weiterhin z.B. Interesse und Zeit für die artgerechte Haltung von Tieren aufbringen. Eine große Gefahr stellt für diese Freiheit zukünftig der hoffentlich noch zu verhindernde Einzug der grünen Gentechnik in die Landwirtschaft dar. Durch die Patentierung von Pflanzen und Tieren würde sich zukünftig die Mehrheit der Betriebe unter volle Kontrolle der Industrie stellen.

Ich hoffe, dass auch zukünftig die große Mehrheit der Betriebe bäuerlich geprägt sein wird und auch der Verbraucher dieses einfordert und nicht als selbstverständlich sieht. Denn nur zu fairen Preisen kann auf Dauer die durch bäuerliches Wirtschaften entstandene Kulturlandschaft erhalten bleiben und zwar vielerorts nur durch bäuerliche Landwirtschaft.

Martin Schulz,
Bauer aus dem Wendland

Es kommt.

Das neue Jahr wird arbeitsreich. Das Bundeslandwirtschaftsministerium wird sein Programm bäuerliche Landwirtschaft starten

Lange Zeit haben bis auf etliche Bäuerinnen und Bauern nur wenige die Idee der bäuerlichen Landwirtschaft hochgehalten. Nun hat sich selbst der Wind im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) deutlich gedreht. Die Ministerin und ihren beiden Staatssekretäre Alexander Müller und Matthias Berninger jonglieren in ihren öffentlichen Reden mit Aussagen zur bäuerlichen Landwirtschaft. Was lange Zeit wie ein mit heißer Luft gefüllter ministerialer Ballon herumschwebte, bekommt nun allmählich Gewicht.

Selbst das Thema Lebensmittelpreise wird nun vom Ministerium angegangen. Während manch ein Bio-Bauer noch mit zornesrotem Kopf herumliefe, als Renate Künast vor einigen Monaten die Einführung preiswerter Bio-Lebensmittel im Discounter begrüßte, kommen jetzt andere Töne aus dem Ministerium. Einen erneuten Preiskampf im Lebensmittel Einzelhandel will Renate Künast

nicht mehr hinnehmen, Berninger betonte: „Wir brauchen ein neues Bewusstsein, dass Lebensmittel ihren Preis haben müssen“. Endlich.

So ist zu erwarten, dass während der Grünen Woche der ministeriale Ballon platzen wird und endlich einige Überraschungen sichtbar werden. Hatte sich das BMVEL doch schon im Sommer entschieden, seine Halle auf der Grünen Woche unter das Motto „Bäuerliche Landwirtschaft“

zu stellen. Auch wenn die Höhe der Mittel und Einzelheiten des Programms bäuerliche Landwirtschaft immer noch nicht endgültig festgelegt sind, wird es im Jahr 2003 kommen. Vermutlich werden im Programm zunächst folgende Bereiche angegangen:

- Existenzgründung für Neueinsteiger in die Landwirtschaft,
- Entbürokratisierung für die Betriebe,



Junge Menschen in die Landwirtschaft. Das hat nun auch das Bundeslandwirtschaftsministerium erkannt.

Foto: Archiv

- artgerechte Tierhaltung
- Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Immer noch reine Ankündigung, aber welchen Bauern bzw. welche Bäuerin erfreut die Aussicht nicht, einige Stunden mit Formularen einzusparen? Gilt es nicht jede Möglichkeit zu nutzen, dass der alte Nachbarlandwirt ohne Nachfolger seinen Hof an neue Men-

schen in der Landwirtschaft abgibt, statt an den Wachstumsbetrieb in der Region?

Alleine in den Büros in Berlin und Bonn werden die Ideen nicht entwickelt, wie das Programm bäuerliche Landwirtschaft mit Leben gefüllt werden kann. Dafür braucht es viele Bäuerinnen und Bauern auf dem Land.

ms

Diskussion entfachen

Pünktlich zur Grünen Woche plant die AbL ihre Aktion zur bäuerlichen Landwirtschaft zu starten. Ran an die Bauern lautet ihr Motto.

In Teilen der Landwirtschaft und der Gesellschaft kehrt sich die Vorstellung, was in der Landwirtschaft modern ist. Die bäuerliche Landwirtschaft ist dabei, ihr angestaubtes Bild abzuschütteln und steht nun zukunftsorientiert da: artgerechte Tierhaltung, Qualitätsorientierung, umweltverträglich mit regionalem Bezug. Im Vergleich dazu hat eine Massenproduktion für den Weltmarkt wenig Charme. Umso notwendiger eine Besinnung und Debatte unter Bäuerinnen und Bauern, was den Weg jenseits der Massenproduktion ausmacht.

Während der Grünen Woche in Berlin wird die AbL ihre Aktion bäuerliche Landwirtschaft starten. Wer Veränderung in der Landwirtschaft will, muss sich einmischen, ermuntert die AbL. In einer breit angelegten Briefaktion plant die AbL mit Bäuerinnen und Bauern in eine Diskussion zu treten, was bäuerliche Landwirtschaft ausmacht.

Wie sehen z. B. Bäuerinnen und Bauern den Zusammenhang zwischen bäuerlicher Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung? Was macht die Beziehung zwischen Bauern und ihren Tieren aus? Kein reines Produktionsmittel, auch nicht als heiliges Wesen

idealisiert, werden die Kühe, Schweine oder Hühner von Bauern als Teil der Arbeit geschätzt, manchmal auch verflucht, schiebt doch jede tretende Jungkuh beim Melken den ersehnten Feierabend hinaus. Hat sich die Größe der Tierbestände und die Technik in den Ställen auch gewandelt, haben Bauern in ihren Köpfen nach wie vor die alte Regel, dass der Bauern nicht frühstückt, bevor nicht alle Tiere etwas zum Fressen bekommen haben.

Für den Geschäftsführer des NEULANDvereins Torsten Walter besteht der Zusammenhang zwischen artgerechter Tierhaltung und bäuerlicher Landwirtschaft vor allem in den Haltungsformen Strohhaltung und Weidengang bei Schweinen. Welcher Großbetrieb halte denn Schweine noch auf Stroh? „Wichtiger ist für mich noch die direkte Verantwortung des Betriebsleiters gegenüber dem Einzeltier: Morgens noch selbst in den Stall gehen und zu wissen, was ist mit meinen Tieren los.“

Der Bio-Bauer Heiner Iversen aus Schleswig-Holstein betont, dass auch Bauern auf eine Auseinandersetzung mit Verbrauchern, Tierschützern und anderen gesellschaftlichen Gruppen

angewiesen sind, um den Weg in Richtung artgerechte Haltung zu gehen. „Wenn du dir keine Gedanken machst, kannst du auch in die Käfighaltung reinschlittern. Der Kopf bleibt gefragt und mit Sicherheit auch das Gefühl. Schließlich schlittern viele Bauern aus wirtschaftlichen Zwängen mit einem schlechten Gefühl in Haltungsformen wie Vollspalten rein.“ So sieht er auch nicht den direkten Zusammenhang zwischen artgerechter Tierhaltung und bäuerlicher Landwirtschaft. Dafür sei außen herum zuviel Irrsinn in der Tierhaltung entwickelt worden. Aber industrielle Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung schließe sich ja schon fast aus.

Vielfalt ermöglichen

Bäuerliche Landwirtschaft zeichnet sich durch Vielfalt aus. Durch die Landwirtschaft wurden unterschiedliche Kulturlandschaften hervorgebracht, die ohne jegliche Bewirtschaftung ihren besonderen Charakter verlieren. Auch die Vielfalt der Kulturpflanzen, Pflanzensorten und Tierrassen fußt auf der jahrhunderte langen Arbeit der Bauern mit den Pflanzen und Tieren. Heute haben sich viele

Höfe auf einen Betriebszweig spezialisiert, dennoch gehört es nach wie vor zum Selbstverständnis und Alltag auf Höfen, die Vielfalt an Bereichen auf einem Hof zu erhalten. Für Waltraud Angenendt, Bio-Bäuerin aus Westfalen, heißt „Bäuerlichkeit, dass ich in einer Umgebung lebe, die mir alles gibt, was ich brauche“. Die Qualität ihrer Arbeit wird von „überschaubare Einheiten, in denen ich meine Arbeit noch mit Lust mache und dass auch mein Arbeitsalltag vielfältig ist“ geprägt.

Die Gespräche über Landwirtschaft prägt bei Beratern, Politikern und selbst Bauern der Haupterwerbsbetrieb mit Wachstumschancen. Andere Höfe kommen in den Planungen der Behörden und Ämter kaum noch vor. Obwohl der Bauernverband zur Kenntnis nehmen musste, dass zum Beispiel 17 Prozent der Höfe Direktvermarktung betreiben. Der Meinung, dass der Nebenerwerb ein verzögerter Ausstieg aus der Landwirtschaft ist widerspricht Edith Sachse, Nebenerwerbsbäuerin aus Bayern, energisch: „Für mich gehört dazu, den Betrieb für die Kinder zu erhalten. Damit sie auch die Möglichkeit haben, Bauern zu werden.“

ms

Regierungsvertreter reden von bäuerlicher Landwirtschaft

In Altenkirchen scheint es für Politiker in der Luft zu liegen: Vor einem Jahr kündigte Bundeslandwirtschaftsministerin Künast erstmals das Bundesprogramm bäuerliche Landwirtschaft an. Dieses Jahr schloss ihr Staatssekretär Alexander Müller seinen Beitrag mit den Worten „Ich glaube an die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.“

Zum Auftakt der agrarpolitischen Tagung und Bundesmitgliederversammlung der AbL in Altenkirchen am 22. November stellten Regierungsvertreter

von Bund und Ländern ihre Vorstellung über die Zukunft der Agrarpolitik vor. Da die Vorsitzende des Agrarausschusses des Bundestages Herta Däubler-Gmelin aus Krankheitsgründen absagte, saßen auf dem Podium nur Vertreter von Bündnis90/Die Grünen. Alexander Müller vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Ernährung betonte wie alle offiziellen Vertreter die Bedeutung der politischen Rahmenbedingungen, die maßgeblich durch die Osterweiterung der EU, die WTO-Verhandlungen und

die Halbzeitbewertung vorgegeben werden. Wer heute in der WTO keine gerechte Verteilung plane, stehe morgen mit leeren Händen da, folgerte er. Sein Kollege aus Nordrhein-Westfalen, Staatssekretär Thomas Griese, bewertete den Koalitionsvertrag auf Bundesebene an vielen Punkten als Erfolg. Die eingeschlagene Richtung: verbesserte Kennzeichnung, klarere Haftung im Bereich der Futter- und Lebensmittel, stimme. Die Frage sei, an welchen Punkten bäuerliche Betriebe von Kosten entlastet werden können, auch das

werde im Vertrag aufgegriffen. Der Bauer und Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff forderte: Die Grünlandförderung muss kommen. Weiterhin plädierte er dafür, die beiden Wege in der Landwirtschaft, die weltmarktorientierte sowie die bäuerliche, moderne und zukunftsorientierte Landwirtschaft zu nennen und vor allem sowohl in der Politik als auch auf den Höfen den bäuerlichen Weg in den Mittelpunkt zu rücken. *ms*

Schon vor Jahren erzählt, Gentechnik nicht mehr verhinderbar

Im Arbeitskreis Gentechnik auf der Mitgliederversammlung der AbL wurden Erfolge des Widerstandes und anzugehende Aufgaben benannt.

Von der Züchterin bis zum Umweltschützer diskutierten die Referenten mit den anwesenden Bäuerinnen und Bauern die Frage „Gentechnikfreie Landwirtschaft – Wunschdenken oder umsetzbare Notwendigkeit?“ Der Arbeitskreis Gentechnik auf der AbL-Mitgliederversammlung am 23. November war gut besucht. Die ökologische Pflanzenzüchterin Ute Kirchgäes-

ser schilderte anschaulich ihre Schwierigkeiten, für ihre Züchtungsarbeit garantiert gentechnikfreies Saatgut zu beziehen. Durch die hohe Vielfalt und kleinen Parzellen der einzelnen Kulturen sei es ein immenser Aufwand für sie, alles selbst untersuchen zu lassen. Dass ausgerechnet die gentechnikfreie Landwirtschaft die Kosten für die Trennung tragen müsse, kritisierten neben

der Züchterin von Kultursaat e.V. auch die Bauern. Die Idee eines Entschädigungsfonds fand breite Zustimmung. In den Fonds sollen Anwender und Hersteller von Gentechnik zahlen, während sich geschädigte Bauern oder Züchter ihren Mehraufwand bzw. Ausfall daraus bezahlen lassen.

Andere Probleme schilderte der Neuland-Berater Bernd Kuhn aus Lüneburg. Nach den Neuland-Richtlinien ist Gentechnikfreiheit vorgeschrieben. Fast alle schweinemästenden Neuland-Betriebe kaufen Eiweißkonzentrate und Mineralfutter zu. Bei den Konzentraten sei es schwierig, jegliche Verschleppungen über den Transport, das Mischen, das Mahlen oder Absacken zu vermeiden. Als Ausweg sieht Bernd Kuhn, getrennte Wege für Futtermittel zu organisieren: „Jetzt müssen wieder Kreisläufe geschaffen werden und zerstörte Strukturen im Bereich Futtermittel wieder aufgebaut werden“. Als positives Beispiel nannte er die Rapsmühle aus Lüchow-Dannenberg, die Raps aus der Region für die Region einkauft, verarbeitet und vertreibt. Schwierig sehe es auch bei Vitaminen aus. Diese enthalten zwar selbst keine Gentechnik mehr, werden aber mit ihrer Hilfe hergestellt, Vitamin E z. B. wird mit Gentechnik-Soja angefütert. Je mehr Bernd Kuhn den Bestätigungen der Hersteller bzw. Zulieferer hinterforsche, desto mehr steigen seine Zweifel an der garantierten Gentechnikfreiheit.

Soja-Öl durch weniger gentechnikbelastete Öle ersetzt. Erste Ketten im Lebensmitteleinzelhandel wie Bremke und Hörster, tegut oder Tengelmann haben oder planen gentechnikfreie Produktschienen. Auch in der verarbeitenden Industrie gibt es Vorreiter für gentechnikfreie Ketten. Die Wesermühle in Hameln, ein Unternehmen der VK Mühlen AG, verarbeitet ausschließlich gentechnikfreien Mais. Auch auf den deutschen Äckern verbreiten sich die Gentechnik-Pflanzen nicht so wie von der Industrie gedacht: die Freisetzungsvorläufer sind rückläufig, die 50 t Gentechnik-Saatgut zu Forschungszwecken sind ein Lagerhüter bei den Firmen. Anders sieht es bei Zusatzstoffen aus Gentechnik aus, die den Markt bereits stark durchdrungen haben, so Then.

Marktmacht organisieren

Der Bauer Gernot von Beesten erinnerte daran, dass die Industrie schon vor Jahren verkündet hatte, mit den massenhaften Freisetzungen von Gentechnik-Pflanzen sei die Einführung der Gentechnik gelaufen, doch bis heute hätten die US-Firmen den Markt in Europa nicht für Gentechnik-Produkte erschlossen. Einig waren sich alle, dass beim Saatgut keine Verunreinigungen mit Gentechnik tolerierbar seien. Unterschiede gab es in der Beurteilung von Grenzwerten bei Futter- und Lebensmitteln (s. Kasten)

Die nächsten beiden Jahre wertete Christof Then für die Zukunft der Gentechnik als entscheidend. Das deutsche Gentechnikgesetz werde überarbeitet und in der EU werden weiter über das Moratorium diskutiert, dass die Zulassung neuer Gentechnik-Pflanzen seit Jahren stoppt. *ms*

Kennzeichnung von Gentechnik

Ende-November einigten sich die Agrarminister in Brüssel auf eine Kennzeichnung für Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln. Wenn das EU-Parlament dem zustimmt, werden in Zukunft Produkte, die aus gentechnisch hergestellten Bestandteilen bestehen, gekennzeichnet werden müssen. Das gilt auch für Lebensmittel, in denen am Ende keine gentechnischen Bestandteile mehr nachgewiesen werden können wie bei Speiseölen. Heftig umstritten war der Grenzwert für unbeabsichtigte Verunreinigungen. Der Kompromiss zwischen dem Vorschlag des EU-Rates von 1 Prozent und des Vorschlages des EU-Parlaments von 0,5 Prozent war dann 0,9 Prozent. Von Greenpeace als Schritt begrüßt, um einen Markt und Wege für gentechnikfreie Produktion zu ermöglichen, wurde die Einigung von der Umweltorganisation BUND vehement kritisiert: „Das Recht der Verbraucher auf gentechnikfreie Lebensmittel wurde leider geopfert.“ *ms*



Als die Agrarminister über die Kennzeichnung von Futtermitteln entschieden, überreichte Henning Strodthof, Gentechnik-Experte von Greenpeace, illegal angebauten Mais an Bundeslandwirtschaftsministerin Künast. Foto: Greenpeace, Bernd Arnold

Kommt auf jeden an

Auf der gut besuchten Bundesmitgliederversammlung der AbL forderte der Bundesvorstand der AbL gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen.

Auch wir werden keine Lösungen finden, die die hundertprozentige Zustimmung der Bauern von Allgäu bis zur Ostseeküste finden wird“, erinnerte Maria Heubuch in ihrer Rede als Bundesvorsitzende der AbL auf der Mitgliederversammlung in Altenkirchen. So rief sie die AbLerinnen und AbLer dazu auf, sich nicht alleine auf gute Kontakte zu Ministerien zu verlassen, sondern es komme nach wie vor auf jeden einzelnen an. Damit sich in den Köpfen der Bauern, Verbraucher und Politiker etwas ändere, seien hundert kleine Schritte nötig. Auch im eigenen Kopf immer wieder das Wachstumsdenken in Frage zu stellen,

dafür setzte sie sich ein: auf den Höfen wisse doch schon ein Säugling, dass die Kuh mit der höchsten Milchleistung, die beste sei. Aber wer frage nach der mit der besten Grundfutterleistung? „Auf den vielen zu beackernden Feldern der Agrarpolitik brauchen wir von den Regionalgruppen bis zur Bundesebene alle Kräfte“, schloss die Milchbäuerin aus dem Allgäu. Auch Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender, forderte die jüngeren AbLer auf, in die politische Lehre zu gehen. Mit den Aufgaben wachse der eigene Charakter, die Einsicht und Intellektualität. Doch mit den Hoffnungen wachse auch

die Enttäuschung, so Graefe zu Baringdorf. Die Sehnsucht, die eigenen Ideen in die Praxis umzusetzen, lasse einen an jeden Strohalm festhalten. Aber das reiche nicht aus, es werde schnell zum Stückwerk. So seien die ökonomischen Interessen hinter der Agrarlobby noch gar nicht angetastet worden. Heute biete sich jedoch die Chance, Dinge zu benennen, die ansonsten gar nicht auf den Tisch gekommen wären. „Wir



Wieviel Spaß Politik auch immer wieder machen kann, erleben die Teilnehmer in Altenkirchen. Foto: Schimpf

haben eine breite gesellschaftliche Zustimmung auf unserer Seite. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir nun die Mehrheiten gewinnen“, so der Bundesvorsitzende. Dass Agrarkommissar Franz Fischler nach Altenkirchen komme, sei auch ein Zeichen, dass er hier Kraft schöpfen könne.

Klare Abstimmungen

Der bisherige Bundesvorstand der AbL ist auch fast der neue. Maria Heubuch und Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf bleiben weiterhin Bundesvorsitzende. Elisabeth Waizenegger und Bernd Voss wurden zu den neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, während Martin Hofstetter, Arnd Berner, Jörg Gerke und Jasmin Berger in ihren Ämtern bestätigt wurden.

Auch die anderen Entscheidungen auf der Mitgliederversammlung fanden große Mehrheiten. Der Antrag des Willi und Ann-Ev Dohemann, den letztjährigen Beschluss zur Anhebung der Obergrenzen im Neuland-Programm zurückzunehmen, wurde nach kurzer und intensiver Debatte abgelehnt. Gegen die angekündigte Inhaftierung des französischen Bauernrebellen José Bové verabschiedete die Mitgliederversammlung eine Resolution.

Und neben all den Arbeitskreisen und Diskussionsrunden blieb wie immer Zeit, langjährige Freunde zu treffen, neue kennen zu lernen, bayerisches Brauchtum wie das Haberfeldtreiben gegen die Gentechnik und die Lesung von Mathias Stührwoldt zu genießen und die ganze Nacht durchzufeiern. *ms*



Gerog Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Josef Jacobi als Moderator, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Maria Heubuch erinnerten auf der Bundesmitgliederversammlung auch an die Erfolge der AbL im letzten Jahr wie den gut besuchten Bauerntag in Waging. Foto: Jasper

Der Kampf um das Schlachten vor Ort

Mit dem Regionen-aktiv-Programm befasste sich auf der AbL-Mitgliederversammlung in Altenkirchen ein eigener Arbeitskreis. Dabei wurde deutlich, dass sich die vor Ort Aktiven über Probleme und Schwierigkeiten gerne überregional austauschen würden. Die Unabhängige Bauernstimme steht – neben der regelmäßigen Berichterstattung über die Initiative – allen Akteuren des Programms als Podium offen.

Problematisch bei Regionen aktiv ist besonders das Schlachten vor Ort. Bereits berichtet wurde über die Schwierigkeiten eines Landwirts auf der Nordfriesischen Insel Amrum (BS 12/02). Zwar würde er seine Rinder auf Amrum schlachten und verkaufen. Aber die Geschäfte auf Amrum werden von billigem Fleisch von außen beherrscht, während der Amrumer Bauer die meisten seiner Tiere bis nach Berlin karren muss, damit sie geschlachtet werden.

Joseph Hohlweger, Geschäftsführer des Vereins der Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach, sieht bereits das zweite Projekt zum Schlachten vor Ort scheitern. Für das geplante Schlachthaus ist die einzelbetriebliche Förderung vorgesehen. Dieser Topf muss erst angezapft werden, bevor Mittel des Projektes Regionen aktiv genutzt werden dürfen.

Nun wollen die Bayern eine mobile Schlachtereie einführen, einen Lkw, der alle vorgeschriebenen Einrichtungen an Bord hat und zu den einzelnen Höfen fährt. Dies droht jedoch an den Rechtsverordnungen zu scheitern, nach denen eine Schlachtgenehmigung nur für einen festen Ort erteilt wird. „Dass eine Schlachteinrichtung alle Vorschriften erfüllt, aber sich von einem Ort zum anderen bewegt, fällt aus dem Rahmen des Gesetzes und wird deshalb verboten“, berichtet Sepp Hohlweger.

Mit Schlachtstätten ist die Region Wendland/Elbetal ausreichend versorgt. Auch die Vermarktung des Fleisches durch Neuland klappt nach Auskunft des Landwirtes Manfred Ebeling reibungslos. Nur für den Zwischenschritt, das Zerlegen, ist die Region nur unzureichend gerüstet. Eine neue An-

lage soll dem abhelfen. Das Projekt ist bereits bewilligt. Die Architekten, Gutachter und Planer des Gebäudes konnten von Regionen aktiv bezahlt werden. Den Bau der Halle trägt die einzelbetriebliche Förderung des Landes.

„Wenn es sehr schnell geht, ist die Anlage 2003 fertig, spätestens aber 2004“, sagt Horst Seide, ebenfalls aktiv in der Region. Bis dahin hat Neuland andere Räumlichkeiten angemietet.

Die Region Bodensee-Oberschwaben hätte mit dem Regionen-aktiv-Programm ihre Probleme mit der Schlachtung vor Ort gelöst, davon ist Anneliese Schmech überzeugt. „Leider gehören wir nicht zu den 18 ausgewählten Teilnehmern, sonst würde der Rohbau unseres neuen Schlachthofes schon stehen.“ Die alte Schlachtstätte in Überlingen, die seit zehn Jahren von einer

Kooperation mehrerer Metzger und vielen Unterstützern geführt wird, sollte bereits 1993 im Zuge der eingeführten EU-Hygienerichtlinien geschlossen werden. Die neue Anlage, die zu gleichen Teilen vom Bund und dem Bundesland Baden-Württemberg mit insgesamt 35 Prozent gefördert werden soll, ist noch nicht begonnen worden. Als Grund nennt Anneliese Schmech bürokratische Hürden der Stuttgarter Behörden.

Für kleinere Schlachtstätten gibt es Sonderregelungen, mit denen die für Kleinbetriebe fast unerfüllbaren gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der baulichen Ausstattung gelockert werden. Bedingung ist, dass ausschließlich regional vermarktet wird. Aber das ist ja schließlich im Sinne des Programms Regionen aktiv. *la*

Es war einmal ein Bauer, der hieß King Kacke. Eigentlich hieß er Karl-Heinz Callsen, aber jeder nannte ihn King Kacke. Vor etlichen Jahren hatte er nämlich bei der Aktion Sorgenrind eine hübsche Stange Geld gewonnen, und er hatte nichts Besseres zu tun gehabt, als sich für seinen 30-Kuh-Bauernhof einen wirklich riesigen Güllewagen und einen noch riesigeren Schlepper zu kaufen. Sein Güllewagen faßte 25 Kubikmeter stinkenden Inhalts, und der Schlepper dazu hatte 250 PS und war so hoch, daß die Kabine manchmal hinter Wolken verschwunden war. Vorher war Karl-Heinz Callsen ein netter Mensch gewesen; jetzt hieß er überall King Kacke und brauste mit fünfzig Sachen und seinem Geschütz durch den Ort, so dass sich Passanten in die Vorgärten stürzen mussten, um ihr Leben zu retten. Währenddessen saß King Kacke dort oben und lachte, und sein stolzes, kaltes Herz freute sich. Wenn er am Güllefahren war, musste fortan sein Vater – ein wohlzogener älterer Herr mit einer Vorliebe für rosafarbene Blaumänner, der alsbald auf den Namen Kingdad getauft wurde – an der Brücke, die zu King Kackes Hof führte, Wache schieben, denn die Brücke war nur für eine Gesamtlast von 35 Tonnen zugelassen, und schon ein Kleinwagen, der zugleich mit King Kacke auf die Brücke gefahren wäre, hätte alles zum Einsturz bringen können. Also saß Kingdad an den wenigen Tagen des Jahres, an denen King Kacke Gülle fahren musste, in einem kleinen Verschlag am Rande der Brücke und betätigte den Schlagbaum am Checkpoint Kacki.

Dann lernte King Kacke eine Frau kennen. Nicht, dass er sich verliebt hätte – solche Gefühle waren ihm jedenfalls in Bezug auf Menschen fremd. Er liebte nur seinen Schlepper und seinen Güllewagen. Was ihn an Friederike Johannsen aber reizte, war, dass sie Hoferbin eines Betriebes in einem nahe gelegenen Ort war und außerdem über eine erhebliche Menge Milchquote verfügte. King Kacke plante eine feindliche Übernahme mit freundlichen Mitteln. Er redete mit Engelszungen und schleimte sich ein, und schließlich erhörte sie ihn. Die bevorstehende Hochzeit wurde bekanntgegeben, und im Dorf verbreitete es sich wie ein Lauffeuer: „King Kacke heiratet Queen Quote!“ Der Verschlag am Checkpoint Kacki wurde abgerissen und durch ein massives Kontrollhäuschen ersetzt und zur Feier des Tages erhielt Kingdad eine rosa Pelzmütze und einen neuen rosa Blauemann, denn von nun an hatte King Kacke 100 Kühe und konnte noch öfter Gülle fahren, wobei er jetzt immer noch mal eine Ehrenrunde durchs Dorf nahm, um seinen Untertanen zu winken. King Kacke wurde nun noch kälter,



Wie King Kacke zu einem besseren Menschen wurde

Ein Weihnachtsmärchen

hartherziger und hochnäsiger. Bald vertrieb er Queen Quote von seinem Hof. Aufgrund eines ausgeklügelten Ehevertrages konnte er alles behalten und bald Queen Quote die Zweite heiraten. Sie hatte einen Hof mit einer halben Million Kilo Quote und siebzig Hektar Land; das paßte gut. King Kackes Hof wurde größer und größer, und er freute sich diebisch über jeden Bauern, den er übernehmen konnte. Sein Ziel war es, bald der einzige Bauer im Kreis Plön zu sein; dann würde er auch endlich Kreisbauernverbandsvorsitzender werden.

Schon bald wurde dem jungen Paar ein Sohn geboren, den sie Prinz Paul nannten. Jahre später aber wurde er überall Prinz Proll genannt, weil er jeden verprügelte, der ihn fotografieren wollte, und außerdem zwanghaft gegen jedes Buswartehäuschen, jede Telefonzelle, jeden Pavillon pinkeln musste.

Eines Tages kaufte King Kacke sich einen funkelneuen Radlader mit einer riesigen Schaufel und noch viel größeren Rädern. Von Anfang an liebte

er dieses Gefährt. Er vergaß darüber sogar die Liebe zu seinem Schlepper und seinem Güllewagen; das Güllefahren konnte nun Prinz Proll erledigen; King Kacke saß von nun an auf seinem Radlader wie auf einem Thron.

Dann kam ein Winter, ein richtiger Winter. Am 1. Advent fing es an. Es schneite drei Tage und Nächte lang. Die wenigen verbliebenen Bauern wurden vom Bürgermeister aufgerufen, mit ihren Traktoren die Straßen zu räumen. Auf dem Wendeplatz bei den Glascontainern an der Autobahnlarmschutzwand sollte all der Schnee abgeladen werden, und der Bürgermeister versprach, nach getaner Arbeit Bockwurst und Glühwein auszugeben. Doch als die Bauern im Dorf ankamen, da stand King Kacke schon da. Von seinem Radlader herab rief er: „Ach, Ihr kleinen Bäuerchen, nehmt Eure mickrigen Ackermopeds und fahrt wieder nach Hause! King Kacke erledigt das hier schon! Wozu braucht man eine Dorfgemeinschaft, wenn es doch King Kacke gibt?“

So fuhren alle nach Hause und King Kacke tat seine Arbeit und aß danach – schier unersättlich, wie er war – den großen Bottich Bockwurst und trank den noch größeren Bottich Glühwein. Dann fiel er – mitten im Dorfgemeinschaftshaus – vom Stuhl und schlief, wie er noch nie geschlafen hatte, fett und satt und selbstzufrieden.

Als er am nächsten Morgen erwachte, ging er zu dem riesengroßen Haufen Schnee, den er am Tage zuvor mit seinem Radlader aufgeschaufelt hatte. Dort hatte er auch sein Gefährt geparkt, aber als er nun dort ankam, sah er nur noch die gewaltigen Spuren im Schnee. Sein Radlader war verschwunden! Er fluchte, er weinte, er schluchzte und schrie, doch es half nichts. Sein Radlader war weg, und niemand hatte ihn verschwinden sehen. Die Polizei war ratlos, und selbst der Feuerwehrhauptmann hatte nichts gemerkt.

King Kacke hatte Liebeskummer. Er war krank vor Sehnsucht. Er war grau im Gesicht. Nachts schlief er selten, und wenn, dann hatte er Albträume, in denen er seinen Radlader auf heruntergekommenen östlichen Staatsbetrieben knietief durch Gülle fahren sah.

Die Versicherung weigerte sich zu zahlen, weil King Kacke den Schlüssel hatte stecken lassen. Aber auch das hätte nicht geholfen – King Kacke wollte seinen Radlader, nicht irgendeinen. Ohne ihn hatte King Kackes Leben seinen Sinn verloren. Und eines Nachts, bei Vollmond, stand der König auf seiner Brücke am Checkpoint Kacki und schwor, er würde ein besserer Mensch werden, wenn er nur seinen Lader wieder hätte. Er betete und flehte zum Himmel und bereute all seine Untaten, die kleinen und die großen. Und er gelobte, seine Quote unter den Bauern des Dorfes aufzuteilen und bei ihnen umsonst auszumisten, wäre nur dieser Kummer vorbei.

Am nächsten Tag – vier Tage vor Heiligabend – fing es an zu tauen. Der Schnee wurde grau und schmutzig, und der Schneeberg am Wendeplatz wurde kleiner und kleiner, und plötzlich – am Morgen des Heiligen Abends – guckte ein gelbes Dach aus dem nunmehr kleinen Schneehügel. King Kacke hüpfte vor Freude stundenlang durchs Dorf und umarmte und küsste alle Leute, die nicht schnell genug wegliefen. Und er ging und verschenkte seine Kühe, seine Quote und sein Land. Fortan fuhr er auf seinem Radlader herum, half, wo er nur helfen konnte, und war allen ein guter Freund. Und wenn er nicht gestorben ist, so ist er das noch heute, während Prinz Proll bei allen Bauern Gülle fahren muss.

Matthias Stührwoldt

Selbst die hartnäckigsten Verfechter regionaler Erzeugnisse geben an, neben Kaffee, Tee und Schokolade nicht mehr auf Bananen verzichten zu wollen. Doch die Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen sind bekanntermaßen schlecht bis menschenunwürdig. Mangelnde Sicherheitsmaßnahmen gehören ebenso zum Alltag in der Bananenproduktion wie der hohe Einsatz von Pestiziden, die mit Flugzeugen auf die Pflanzungen genebelt werden, während die schlecht bezahlte Arbeit unten weiter geht. Dazu kommt eine Bezahlung, die den Arbeitern kaum ein Überleben garantieren kann.

Heftige Kritik an sozialen Standards

Um die sozialen Bedingungen im Bananensektor zu verbessern, wurden fair gehandelte Bananen auf den europäischen Markt gebracht. Die Verknüpfung mit ökologischer Produktion soll zusätzlich die gesundheitliche Belastung der Arbeiter verringern. Doch trotz des guten Ansatzes muss sich die Fairtrade Labelling Organization (FLO) Kritik gefallen lassen. In diesem Sommer erregte ein in Finnland erschienener Dokumentarfilm des Journalisten Martti Backman Aufsehen. Er hat Arbeiter auf verschiedenen Bananenplantagen Ecuadors interviewt,

Krumme Bananen

Unfaire Arbeitsbedingungen im 'fairen' Bananenhandel

darunter die des 340 ha-Plantagenbesitzers Pablo Prieto, dessen Bananen etwa 40 Prozent der 'fairen' Bananen auf dem finnischen Markt ausmachen.

Während die Umweltauflagen bei der Produktion weitestgehend eingehalten werden, gab es in dem Film heftige Kritik an den sozialen Standards.

Zwar galt das Prieto-Unternehmen schon früher als den Arbeiterinteressen entgegenkommend und hat seit seiner Anbindung an das Fair Trade-System die bestehenden sozialen Einrichtungen wie die Krankenstation und den Kindergarten weiter ausgebaut. Doch dürfen Arbeiter nicht bei der Verwendung des FairTrade-Aufschlags mitbestimmen, wie es die FLO-Richtlinien aber vorschreiben. So schenkt die Unternehmensleitung Arbeitern nach sechs Jahren Beschäftigung im Unternehmen 3.500 US \$ für den Bau eines neuen Hauses bzw. 2.000 US \$ für die Renovierung eines



bestehenden Hauses. Das erscheint zwar viel für ecuadorianische Verhältnisse, doch wer dieses Geld tatsächlich bekommt, wird recht willkürlich entschieden. Und wer keine sechs Jahre dort arbeitet, geht folglich leer aus.

Normalerweise muss es im Unternehmen eine Art Betriebsrat geben, der auch über die Verwendung des FairTrade-Aufschlags entscheidet. Laut FLO-Standards haben alle Arbeiter das Recht, Gewerkschaften ihrer Wahl beizutreten bzw. sich selbst zu organisieren

und Interessenvertreter aus ihrer Mitte frei zu wählen. Doch genau das gibt es bei Prieto nicht. Ein ehemaliger Mitarbeiter berichtet sogar, wegen interessenspolitischer Aktivitäten entlassen worden zu sein.

Nachdem die skandalösen Zustände im finnischen Fernsehen ausgestrahlt wurden, sah sich die FLO gezwungen, eine weitere Kontrolle zu veranlassen. Nun hat die Unternehmensleitung bis

Ende diesen Jahres Zeit, die Bedingungen zu verbessern.


Zusammenarbeit mit Kleinbauern

Die fair gehandelten Bananen, die es in Deutschland zu kaufen gibt, unterliegen anderen Kriterien. Bananen, die nach dem FLO-Kriterien gehandelt werden, haben hierzulande nur geringe Marktanteile. Wie schwierig die Arbeiterrechte und Arbeitsbedingungen auf Plantagen zu kontrollieren sind, weiß auch der banafair e.V., der bereits seit 1989 mit Bananen handelt. Daher arbeitet banafair auch lieber mit Kleinbauern der ecuadorianischen Organisation UROCAL, die Mitglied bei La Via Campesina ist. Importiert werden bislang 1.000 Bananenboxen pro Woche. Da sich der baden-württembergische Biogroßhändler Rinklin gerade entschlossen hat, künftig nur noch fair gehandelte Biobananen einzukaufen, werden es bald schon 1.500 Kisten wöchentlich sein.

Banafair unterstützt aber nicht nur Kleinbauern. So fließt ein Teil der Erlöse an die ecuadorianische Bananenarbeiter-Gewerkschaft FENACLE, die davon Schulungen in Sachen Arbeitsrechte durchführt und andere politische Bildungsarbeit leistet.

Alexandra Burmann

Nürnberg, Germany 2003



BioFach 2003

Hier trifft sich die BioWelt
Where organic people meet
Weltleitmesse für Bio-Produkte
World Organic Trade Fair



Jetzt einplanen und Erfolg ernten: die Weltleitmesse für Naturkost und Naturwaren.

Die Weltleitmesse bereitet den Boden für den rasch wachsenden Biomarkt. Rund 2000 Aussteller aus über 50 Ländern präsentieren Naturkost und Naturwaren, landwirtschaftliche Betriebsmittel, Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten. Info-Stände und der begleitende Kongress runden das umfassende Angebot ab. Gleich einplanen: einen Besuch, der Früchte trägt!
Infos: www.biofach.de

Veranstalter
NürnbergMesse
Tel. +49(0)911 86 06 49 09
Fax +49(0)911 86 06 49 08
info.biofach.de

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of
Organic Agriculture Movements

NÜRNBERG MESSE

Rauschendes Fest

Seinen 60. Geburtstag feierte Graefe zu Baringdorf in großer Runde

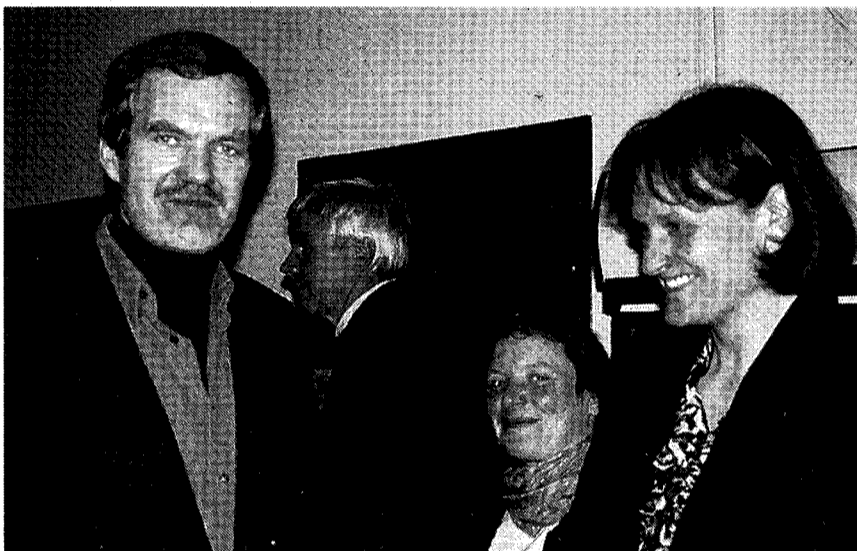
Die Bundesmitgliederversammlung mit durchgeredet und durchtanzten Nächten steckte manchem AbLer noch in den Knochen, als schon das nächste Fest anstand. Dem westfälischen Bauern, AbL-Bundesvorsitzenden und Europa-Abgeordneten gratulierten politische Weggefährten, Freunde, Kinder und Nachbarn: Der Bauer Josef Jacobi brachte als Geschenk gleich einen Kabarettisten mit, Bundeslandwirtschaftsministerin Künast und der nordrhein-westfälische

Staatssekretär Thomas Griese rechneten „Friwi“ hoch an, dass er in den 16 Jahren EU-Parlament nie die „Bodenhaftung“ verloren habe. Die AbLer, vertreten durch Maria Heubuch und Georg Janßen, schenkten 60 Schnäpse, damit die EU das Branntweinmonopol erhalte. Und wenn Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf einmal feiert, wird bis ins in den frühen Morgen hinein gelacht, getanzt und selbstverständlich hitzig über Agrarpolitisches diskutiert.

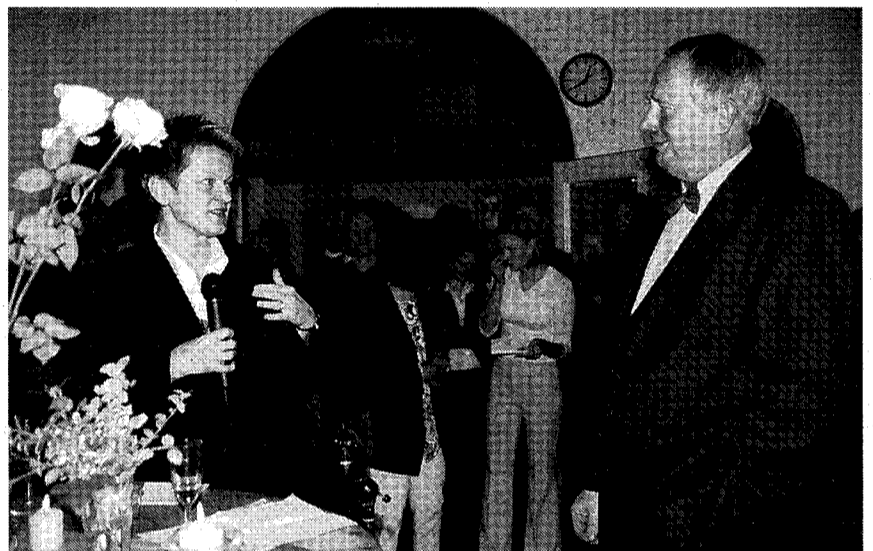
ms



Mitglieder des Jagdhorn-Bläser-Korps des örtlichen Hegeringvereins schreiten zum Gratulieren.



Zeit für Gespräche am Rande blieb auch Jörg Gerke, Jasmin Berger und Elisabeth Waizenegger (v.l.) vom Bundesvorstand der Abl.



Auch Bundeslandwirtschaftsministerin Künast sprach ein Grußwort für ihren Parteikollegen.

Bei Hofe gibt man sich volksnah

Prinz Charles will mit seinem Biohof Vorbild sein

Die Pfützen auf dem holprigen Weg sind nicht weniger tief als anderswo. An der Hofeinfahrt steht kein Goldbepflanzter der königlichen Garde. Stattdessen steht dort ein Schild: „You are now entering a GMO free zone“ – Sie betreten nun eine Gentechnikfreie Zone. Nichts sieht danach aus, dass hier der zukünftige König Großbritannien wirtschaftet. Charles, der Prince of Wales, hat die Duchy Home Farm in Highgrove 1980 gekauft. Mit seinem dynamisch-überzeugenden Farmmanager David Wilson begann er Mitte der achtziger Jahre dort aus Überzeugung ökologisch zu wirtschaften. Der Betrieb soll kein royaler Museumsbauernhof sein, sondern ein Beispiel dafür, wie Ökolandbau in der Realität funktioniert. David Wilson kann sich leidenschaftlich darüber auslassen, dass solange nur die reine Profitmache in der Lebensmittelerzeugung zählt, beim Bauern am Ende der Kette nicht genug ankommt. Rund 1.200 Be-

sucher im Jahr schleust er über die knapp 800 ha große Farm. Er verschweigt ihnen nicht, dass der Betrieb im vergangenen Wirtschaftsjahr das erste Mal seit Beginn der Umstellung rote Zahlen geschrieben hat. Für Wilson ist es das Zusammentreffen mehrerer individueller Faktoren, aber auch ein rauer werdendes Wirtschaftsklima – trotz steigenden Absatzzahlen im Ökolandbau in Großbritannien. Ihm komme die Gesellschaft manchmal vor wie ein verwöhntes Kind, dass immer alles haben wolle und das auch noch zu niedrigsten Preisen.

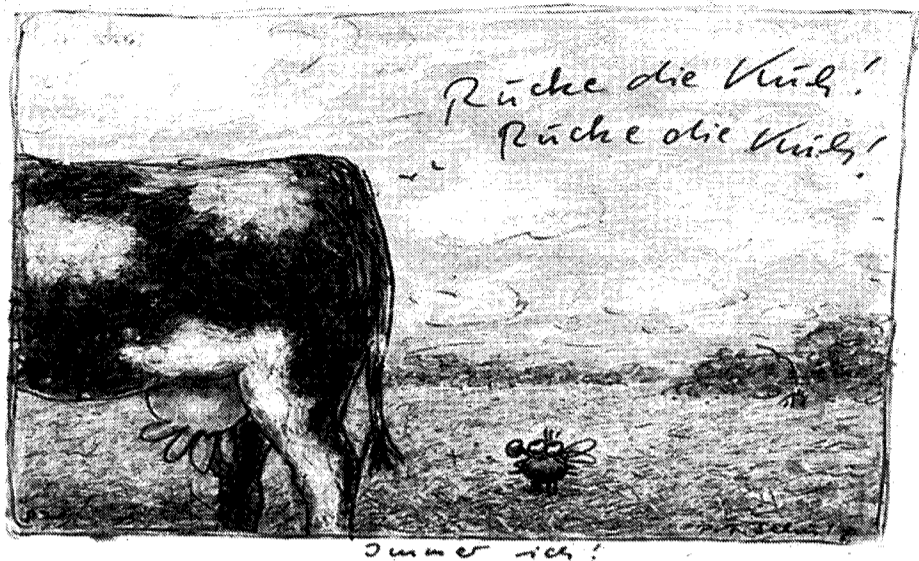
Die Lebensmittel-Produktlinie des Prinzen, die „Duchy Originals“, laufen allerdings preislich außer Konkurrenz. Vom königlichen Aufschlag der verarbeiteten Produkte wie Kekse und Marmelade, will Wilson jedoch nichts haben, man verkaufe das Getreide zu Marktpreisen. Fast zerknirscht muss er die Abnehmer des Fleisches offenbaren: feine Hotels in London. Das Ge-

müse allerdings bleibt ohne royalen Aufschlag in Abokisten in der Region. Die vielen unterschiedlichen Aktivitäten seines Chefs laufen auf der Farm zusammen und David Wilson stellt die Zusammenhänge her. Das architektonische Engagement wird deutlich am Kuhstallneubau, der die Prinzipien artgerechter Tierhaltung mit ästhetischen Ansprüchen, wie der Verwendung ortstypischer Baumaterialien verbindet. Die 160 darin lebenden Ayrshire-Kühe sind eine robuste, alte

Rasse. Ebenso wie verschiedene auf der Farm heimische Schweine und Schafe. Der Prinz ist Patron der Stiftung zum Erhalt alter Rassen. Und es scheint als wäre er Anwalt allen Getiers und aller Pflanzen hier, folgt man den langen Schritten David Wilsons über die Äcker und Weiden, offenbart sich das Gesamtkunstwerk Highgrove aus bewusstem Pflanzen, Ernten und Wachsen lassen, Gestalten und sich Raushalten.

Claudia Schievelbein





Des Rätsels Lösung...

...aus der vergangenen Ausgabe konnte unseren schlaun Lesern natürlich nicht verborgen bleiben. Familie Hartung war es, die im Winterrätsel zu erraten war. Unter den 51 richtigen Einsendungen (für weitere lagen leider einen Hof oder mehr daneben) verlorste die Redaktion der Bauernstimme drei Preise. So kann sich Friedrich Bartels aus Springe bald über ein von

Renate Künast signiertes Exemplar des Buches „Klasse statt Masse“ freuen. Hartwig und Anja Oetmann-Mennen aus Lienen werden bald die „Agrarwende“ von Götz Schmidt und Ulrich Jasper in ihrem Briefkasten finden. Und Dieter Althaus aus Birstein erhält „Kraut und Rüben“ von Much.

Gratulation!

Nerv der Zeit?

„Das Schwarzwaldhaus“

Den Nerv der Zeit getroffen“ jubelte eine Zeitung nach dem überwältigenden Erfolg der ARD-Serie „Schwarzwaldhaus“. Die Berliner Familie Boro lebte zehn Wochen lang exakt so wie eine Bauernfamilie des Jahres 1902, auf dem Kaltwasserhof im Schwarzwald. Vater Ismail, Ingenieur, Mutter Marianne, Erzieherin, die großen Töchter Reya und Sera sowie der Junge Akay – sie alle fanden sich mühsam und tapfer ein in ein hartes Leben ohne Strom, Telefon, Waschmaschine, Shampoo und Landmaschinen. Und das in einem extrem nassen Sommer mit Kartoffel-Krautfäule und verregnetem Heu und in einem bitter kalten Winter.

Weshalb hat das den „Nerv der Zeit“ und unsere Herzen so getroffen? Nicht wegen falscher Nostalgie – die legte sich sehr schnell angesichts der Härte des damaligen Lebens und des dauernden Kampfs ums Überleben des Hofes. Wohl eher wegen der unsentimentalen aber unmittelbaren Arbeits- und Nutzungs-Beziehungen zu Natur, Wetter, Pflanzen, Nutztieren und zu den Ergebnissen der eigenen Arbeit. Wegen solcher Erfahrungen wie dem Schlachten eines Tieres oder der Geburt eines Kalbes. Die Boros haben nach ihrer Zeitreise gesagt, sie würden zwar so wie 1902 nicht leben wollen – aber sie vermissten auch viele dieser Aspekte ihres „Zuhause“ im Schwarzwald. Hausherr Ismail beschrieb seine Einsicht so: „Die von uns vor der Zeitreise so

lebenswichtigen Bedürfnisse sind vergänglich. Für die Fortschritte der letzten 100 Jahre haben wir einen sehr hohen Preis bezahlt.“ Und seine Frau Marianne meinte: „Der seit langem gehegte Wunsch, sich auf einen Bauernhof zurückzuziehen und den Augen einen Platz zum Ausruhen anzubieten, ist fassbarer und klarer geworden. Dass man sich die ‘gute, alte Zeit’ nur bedingt zurückwünschen sollte, dass wir uns mit viel Unnutzern umgeben und mit wie wenig man glücklich sein kann.“ Und Tochter Reya berichtet: „Es ist als ob ich immer einen Zusatztank in mir hatte, der bis zum Rand mit Energie gefüllt ist“.

Der „Nerv unserer Zeit“ – das ist für viele Menschen, junge und ältere, offenbar auch die Sehnsucht nach Wurzeln und einem „ursprünglicheren Leben“, das viel mit Bäuerlichkeit zu tun hat. Das nicht zu verlieren und sich Teile davon auf neue, zeitgemäße Art anzueignen: das ist auch für heutige Bauern eine schöne Aufgabe. Und nach all dem konkreten Anschauungsunterricht über das Bauernleben im Jahre 1902 empfand ich noch mehr Hochachtung als bisher schon vor meinem Großeltern.

Eckehard Niemann

Sehr viel mehr über das Projekt „Schwarzwaldhaus“ enthält die gleichnamige Internet-Seite des SWR. Und man sollte die Wiederholung der vier Folgen an Heiligabend und den beiden Weihnachtstagen auf keinen Fall verpassen!

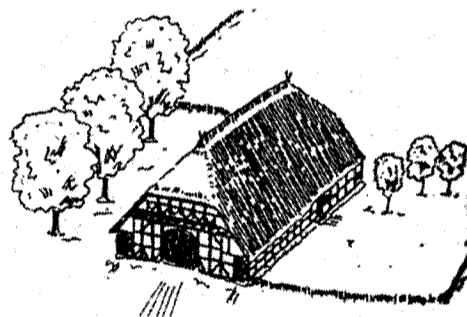
Altenkirchen

Alle Jahre wieder. Es gehört einfach dazu, in jedem Jahr, wie Ostern, Pfingsten und Weihnachten, wie säen und ernten und Gülle fahren. Die AbL-Bundesmitgliederversammlung in Altenkirchen, immer zu Beginn des Winters. Schon Wochen vorher freue ich mich darauf, und ich kann mir kaum etwas vorstellen, was mich von der Reise abhalten könnte – es sei denn, der Himmel fiele mir auf den Kopf.

Diesmal fing es schon sehr schön an. Wir fuhren mit einer größeren Gruppe – naja, sechs Leute – aus Schleswig-Holstein und trafen uns zur gemeinsamen Weiterfahrt auf dem Hamburger Hauptbahnhof. Nur unser CO²-Einsparungsspezialist meinte, mit dem Auto fahren zu müssen.

Wir hingen im Zug ab, quatschten ein wenig und ließen die Gummibärentüte kreisen. Später hatten wir einen kurzen Aufenthalt in Köln und latschten hoch zum Dom. Da standen wir dann drin, erst sprachlos vor Erstaunen über dieses gewaltige Bauwerk, und einer von uns meinte: „Da könnte man einen prima Kälberstall draus machen.“ Und zack, waren wir Feuer und Flamme für diese Idee und fingen an zu planen. In der Mitte der befahrbare Futtertisch, an den Seiten eingestreute Boxen, die Taufbecken zu Selbsttränken umfunktioniert, die bunten Fenster

raus, Windschutznetze rein. Nicht schlecht, so ein Dom. Wir klaten die Grundrißzeichnung und schicken sie zum Stallarchitekten der Schleswig-Holsteiner Landesgesellschaft, er solle mal den Umbau eines Altgebäudes zum modernen Kälberstall planen. Mal sehen, was dabei rauskommt.



... aus Schleswig-Holstein

Im nächsten Zug schon

trafen wir weitere AbLer, und als wir in Altenkirchen ankamen, war die Freude groß, alle die liebgewonnenen Gesichter wiederzusehen, und Redlef sagt: „So wichtig die Politik auch ist, eigentlich fahre ich nach Altenkirchen, um endlich, endlich mal wieder mit gleichgesinnten Bauern zusammen zu kommen.“ Das genau ist der Punkt. Wenn man das ganze Jahr nur das Gesülze der Nachbarn hört, dann kann man fast auf die Idee kommen, nicht mehr richtig zu ticken, wenn man der Einzige ist, der über viele Dinge anders denkt. Da tut es gut, andere zu treffen, zu reden, sich auszutauschen. Das motiviert und gibt Kraft, die man gut gebrauchen kann, wenn man wieder zu Hause ist und allein auf weiter Flur. Vielleicht, so dachte ich in diesem Jahr, gibt Altenkirchen selbst jenen neue Kraft, die gar nicht dabei sein konnten. Denn zwei Wochen vorher war ich bei Koni Glitz gewesen, Altbauer, Alt-AbLer und Alt-Freund von mir. Koni war drei Wochen bettlägerig gewesen, am Altenkirchen-Wochenende rief er an, er sei wieder auf den Beinen ...

Leider nur war die Zeit so schnell wieder vorbei. Der Samstag verging im Flug, ich hörte Erschreckendes und Tröstendes über den Gentechnikmist, abends dann mein Auftritt, eine große Freude für mich, und dann tanzen, tanzen, tanzen. Arnd hüpfte hinter der Anlage herum wie Rumpelstilzchen auf Speed, und ich kriegte das Grinsen nicht aus dem Gesicht, selbst wenn ich es versuchte.

Irgendwann fand ich den Weg ins Bett. Da, mitten in der Nacht, fehlte mir die Liebste. Ansonsten war alles toll in Altenkirchen. Ach ja, eines noch: Ich finde es wunderbar, dass die AbL es ermöglicht, dass man seine Kinder mitbringt, ohne für sie zahlen zu müssen. Sie werden betreut, sie sind willkommen, sie gehören dazu. Das finde ich wirklich unvergleichlich Klasse! Mann stelle sich das bei dieser anderen Bauernorganisation vor, aus der ich gerade ausgetreten bin! Wie war noch gleich der Name...?

Kritischer Agrarbericht 2003

Vielfältige Analysen und Ausblicke zur aktuellen Agrarpolitik bietet der neue Sammelband mit über 50 Aufsätzen

Bereits im elften Jahr veröffentlicht das AgrarBündnis seine jährliche Bestandsaufnahme der agrarpolitischen Debatte. „Landwirtschaft 2003 – Der kritische Agrarbericht“, so lautet der Titel des 328 Seiten starken Werkes. Was für die gesamte Gesellschaft noch ansteht, hier ist es bereits Realität: der Dialog zwischen den Bäuerinnen und Bauern, den Umwelt- und Verbraucherschützern, den Vertretern des Tierschutzes, der Entwicklungszusammenarbeit und der Kirchen.

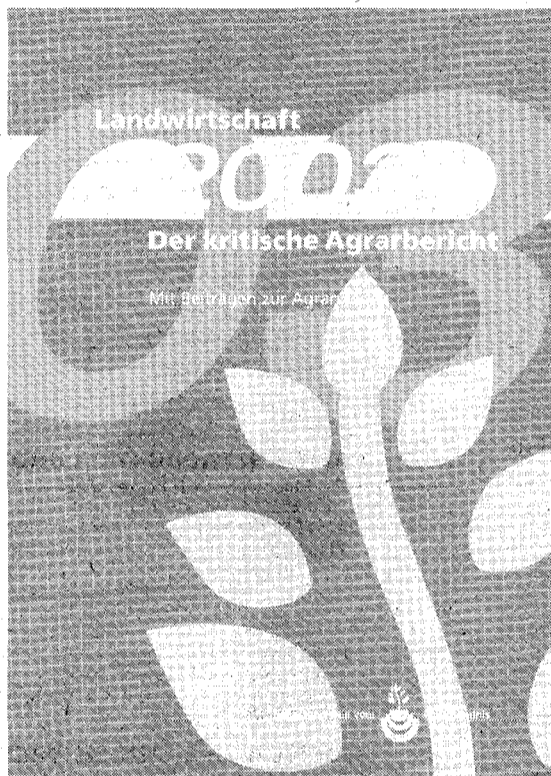
Auch in diesem Jahr stand die Arbeit am Kritischen Agrarbericht ganz im Zeichen der Agrarwende. Die Bewertung dessen, was politisch auf den Weg gebracht oder gar bereits erreicht wurde, fällt sehr unterschiedlich aus. Kritische Stimmen kommen vor allem aus den Reihen der Bäuerinnen und Bauern selbst. Die Stimmungslage in der Landwirtschaft ist eher gedrückt: Der Strukturwandel hält unvermindert an und hat in einigen Bereichen sogar an Rasanzen gewonnen. Dies gilt insbesondere für den Öko-Landbau, der sich immer

mehr konventionellen Strukturen annähert bzw. diese mitbenutzen muss, um seine ehrgeizigen Wachstumsziele erreichen zu können. Für die Kritiker innerhalb der Bio-Bewegung war der Nitrofen-Skandal, wie verschiedene Artikel im Kritischen Agrarbericht zeigen, deutliches Zeichen für eine beginnende Fehlentwicklung. Im Umkehrschluss gewinnen die Prinzipien einer bäuerlichen Landwirtschaft entsprechend an Bedeutung. So dokumentiert der Agrarbericht ein erstes Diskussionspapier zum geplanten Bundesprogramm des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucher „Bäuerliche Landwirtschaft“.

Einig ist man sich weitgehend darin, dass die finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft sich stärker als bisher an ökologischen und sozialen Standards zu orientieren hat. Dabei zählt nicht nur die Qualität der Umwelt oder die der produzierten Lebensmittel. Auch die Lebensqualität der Menschen auf den Betrieben sowie die Lebensqualität der Tiere in der Landwirtschaft

müssen eingefordert und gefördert werden. Welchen gesellschaftlichen Nutzen hat welche Form von Landwirtschaft? Und was sind umgekehrt die Verbraucherinnen und Verbraucher den Menschen auf dem Land für ihre Leistungen schuldig? Auf diese Fragen versucht der Kritische Agrarbericht eine Antwort zu geben.

Bei all dem erfährt die Agrarwende in



Deutschland möglicherweise Unterstützung durch die Reformvorschläge aus Brüssel. Eine europäische „Agrarwende“ zeichnet sich am Horizont ab. Die bei der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 zur Zeit intensiv geführte Debatte über die zukünftige Gestaltung der europäischen Agrarpolitik ist daher auch eines der zentralen Themen im vorliegenden Kritischen Agrarberichts. Deutlich werden dabei aber auch die Schwächen und „blinden Flecken“ der bisherigen Reformvorschläge – z.B. hinsichtlich der „sozialen Frage“.

Insbesondere mit den ausführlichen Jahresrückblicken, die jedes der zehn Kapitel enthält, dokumentiert der Kritische Agrarbericht wie kein anderes Buch die politische und gesamtgesellschaftliche Diskussion um die Zukunft von Landwirtschaft und Ernährung. 50 Beiträge aus den unterschiedlichsten Themenfelder sorgen für die nötige thematische Vielfalt. Genug Stoff jedenfalls zum Lesen und Diskutieren für lange Winterabende!

Manuel Schneider

Agrarpolitik und soziale Lage

Agrarpolitik wurde zu lange nicht öffentlich diskutiert. Sonst hätte man ja Fragen können: Wo ist der Nutzen? Solange aber nicht gefragt wurde, konnten die wenigen, die davon profitierten, ihren Nutzen davontragen, ohne es gesellschaftlich rechtfertigen zu müssen. ... Eine qualitative Neuorientierung ist erforderlich, in deren Zentrum die längst überfällige Übernahme an gesellschaftlicher Verantwortung steht und damit die Demokratisierung der Agrar- und Ernährungspolitik sowie des Wirtschaftsgeschehens. *Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: Für eine Demokratisierung der Agrar- und Ernährungspolitik*

Nach wie vor steht die Beendigung der Exportorientierung und die Anpassung der Erzeugung an die Absatzmöglichkeiten innerhalb der EU aus. Hier liegen schwere Versäumnisse bei der Kommission, hat sie doch selbst dort, wo Quotensysteme das Angebot bestimmen (Milch, Zucker), nicht für einen Abbau der Überschüsse gesorgt. ... Die Beendigung der Exportorientierung für Agrargüter würde zudem der EU eine äußerst günstige Position bei allen internationalen Verhandlungen eröffnen. ... Die existentiellen Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Einkommen, Berufsperspektive, Arbeitszeit und Arbeitsfreude), ihr Bemühen um eine Mit-Bestimmung der landwirtschaftliche Entwicklung werden von der EU-Kommission in ihrer Halbzeitbewertung nicht berücksichtigt.

Onno Poppinga und Martin Hofstetter: Halbzeit: Zeit für Umstellungen. Anmerkungen zur „Halbzeitbewertung der gemeinsamen Agrarpolitik“ der EU-Kommission

Internationale Beziehungen

Evangelischer Entwicklungsdienst, Brot für die Welt, Misereor und Germanwatch schlagen die Konversion des Agrarprotektionismus vor. Ein Teil der Agrarsubventionen, die im Zuge von Osterweiterung und WTO-Verhandlungen abgebaut werden müssen, soll für umwelt- und entwicklungspolitische Maßnahmen verwendet werden. Die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik sollte verbunden werden mit dem Zugeständnis an die Entwicklungsländer, in Bezug auf eine „Development Box“ in Verhandlungen zu treten. Besonders zu berücksichtigen sind die nicht-handelsbezogenen Anliegen der Entwicklungsländer (Ernährungssicherung, ländliche Beschäftigung, Armutsbekämpfung).

Bernhard Walter: Zwei Fliegen mit einer Klappe. Weniger EU-Subventionen – mehr Geld für die Hungerbekämpfung

Umwelt

Die Befürchtung, dass die vom neuen Bundesnaturschutzgesetz ausgelösten Maßnahmen die Entwicklung des ländlichen Raumes hemmen würden, dürfte sich nicht bestätigen. Unbestritten bleibt, dass die Landwirtschaft durch die Reform des Bundesnaturschutzgesetzes stärker als bisher in die Pflicht genommen wird, zum Erhalt der biologischen Vielfalt in der Kulturlandschaft beizutragen.

Kerstin Oerter und Tobias Hellenbroich: Das neue Bundesnaturschutzgesetz – ein Weg zur naturschonenden Landwirtschaft?

Verbraucher

Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist die Möglichkeit der Beeinflussung besonders hoch, da noch keine gefestigten Konsumgewohnheiten bestehen. Dies machen sich viele Unternehmen bereits zu Nutze. ... Angesichts der Ernährungssituation ist dringend anzuraten, zusätzlich zur Ernährungserziehung in Schulen und Kindergärten die Jugend mit Medien anzusprechen, die für sie interessant sind, um dieses weite Feld nicht allein der Werbung für zucker- und fettreiche, so genannte „Kinder-Lebensmittel“ voller Zusatzstoffe zu überlassen.

Julia Engelken: Caprisonne, Nutella und Milchschnitte

Ökologischer Landbau

Mit der Anfang 2001 eingeleiteten Agrarwende sind viele der agrarpolitischen Vorstellungen und Forderungen des Ökologischen Landbaus ihrer praktischen Realisierung näher gekommen. Die geplanten oder bereits realisierten Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichend sein, denn sie haben teilweise nur punktuellen oder Projektcharakter und sind zeitlich begrenzt. Es bedarf daher einer langfristigen Strategie zur Entwicklung des Öko-Landbaus. Eine solche Strategie muss gemeinsam mit den Akteuren des Ökolandbaus entwickelt werden.

Immo Lünzer und Jürgen Heß: Rückblick 2002: Verstetigung tut Not!

Der Verdrängungswettbewerb zwischen regionaler und „globaler“ Bioerzeugung nimmt weiterhin zu. Und das neu eingeführte Bio-Siegel trägt durch seine Ausrichtung am vergleichsweise niedrigen EU-Öko-Standard sogar noch dazu bei. ... Das hat der Nitrofen-Skandal deutlich gemacht: Ausgehend von den Giffunden ist deutlich geworden, dass sich – auch unter den Siegeln anerkannter Verbände – inzwischen Produktions- und Vertriebssysteme etabliert haben, deren Ökobilanzen aufs Ganze gesehen eher fragwürdig sind.

Dietmar Groß: Regional ist erste Wahl – auch bei Bio-Lebensmitteln

Regionalentwicklung

Nachhaltig ist nur die Verbindung von ökologischem Anbau und regionaler Vermarktung. Und angesichts der Marktverhältnisse in Deutschland wird es wohl nur in Zusammenarbeit mit dem konventionellen Handel möglich sein, einen größeren Anteil des Lebensmittelmarktes nachhaltig zu gestalten. Doch gerade in der eigenständigen Regionalentwicklung und in Teilen der Bio-Bewegung wird im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel eine Art Feindbild gesehen. ... Beispiele wie Feneberg, tegut, Bremke & Hoerster (Familia und Combi Markt) zeigen jedoch, dass es Handelsunternehmen gibt, die sich für die regionale Vermarktung von Bio-Produkten massiv einsetzen und diesen Vertriebsweg ideologisch und finanziell unterstützen.

Dorle Gothe: Regional oder Bio? Perspektiven für die regionale Vermarktung von Bio-Lebensmitteln

Bestellcoupon für Hintergründe

Ich bestelle:

Der kritische Agrarbericht 2003: geliefert ab Ende Januar für 21,- €

Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001

zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe 5,- €, 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. **Bürgernetze statt Subventionen:** 17,95 €: _____ €

außerdem:

_____ €

_____ €

_____ €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl. Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Inhalt 2003 in Auszügen

Jedes Kapitel enthält zusätzlich einen ausführlichen Jahresrückblick

KAPITEL 1: AGRARPOLITIK UND SOZIALE LAGE

- **Rückblick 2002: Agrarwende, Halbzeitbewertung und Nitrofen-Skandal**
Friedhelm Stodieck
- **Für eine Demokratisierung der Agrar- und Ernährungspolitik**
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
- **Die „Agrarwende“-Debatte - Soziale Stimmungslagen in der Landwirtschaft**
Clemens Dirscherl
- **Halbzeit: Zeit für Umstellungen**
Anmerkungen zur „Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ der EU-Kommission *Onno Poppinga und Martin Hofstetter*
- **Der Weg ist das Ziel**
QS – Qualität und Sicherheit als neues Zeichen für Lebensmittel.
Günter Völker und Hedi Grunewald
- **Der Streit ums Saatgut**
Über Nachbaugengebühren und Nachbaugesetze
Adi Lambke, Georg Janßen und Claudia Schievelbein
- **Die soziale Frage in der Agrarpolitik stärken**
Das „Aktionsprogramm Bäuerliche Landwirtschaft“
– Anmerkungen und Dokumentation *Ulrich Jasper*

KAPITEL 2: INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- **Das Menschenrecht auf Nahrung**
Die neue Agrarpolitik und die Bekämpfung des Hungers *Rainer Engels*
- **Hoffnung für Entwicklungsländer**
Zur Einführung einer „Development Box“ bei der WTO *Rudolf Buntzel*
- **Zwei Fliegen mit einer Klappe**
Weniger EU-Subventionen – mehr Geld für die Hungerbekämpfung
Bernhard Walter

KAPITEL 3: ÖKOLOGISCHER LANDBAU

- **Die Agrarwende**
Ein Beitrag zu einer Zwischenbilanz *Thomas Dosch*
- **Industrieller Öko-Landbau – ein Widerspruch in sich**
Der Öko-Markt zwischen Massen- und Vertrauensmarkt *Nikolai Fuchs*
- **Regional ist erste Wahl – auch bei Bio-Lebensmitteln**
Anmerkungen zur Entwicklung des Biomarktes
Dietmar Groß und Gerd Coldevey
- **Der Saatgutfonds – eine Investition in die Zukunft!**
Zur Notwendigkeit einer ökologischen und gentechnikfreien Saatgutzüchtung
Oliver Willing
- **Der Ökologische Landbau international** *Birgit Wilhelm*

KAPITEL 4: PRODUKTION UND MARKT

- **Bei Milchvieh noch keine Futter-Wende in Sicht**
Trotz BSE hat sich die Fütterungspraxis bei Milchvieh nicht geändert
Christian Krutzinna und Franziska Köppl
- **Klasse statt Masse auf dem Fleischmarkt**
Erfahrungen bei der Vermarktung von „Neuland“-Fleisch
Hugo Gödde und Matthias Minister
- **Sind die Alternativ-Eier eine Alternative?**
Der Eiermarkt nach dem Käfighaltungsverbot
Karl Frenz, Bernhard Hörning und Andrea Fink-Keßler
- **Lebensmittelkampagnen – ein Beitrag zur Agrarwende?**
Die Putenfleischkampagne von Greenpeace 2001/2002
Martin Hofstetter

KAPITEL 4: REGIONALENTWICKLUNG

- **Regional oder Bio?**
Perspektiven für die regionale Vermarktung von Bio-Lebensmitteln *Dorle Gothe*
- **Agrarförderung und ländliche Entwicklung – Gute Ideen aus Österreich und Frankreich** *Andreas Pölking und Martin Roger*

KAPITEL 5: NATUR UND UMWELT

- **Das neue Bundesnaturschutzgesetz – ein Weg zur naturschonenden Landwirtschaft?** *Kerstin Oerter und Tobias Hellenbroich*
- **Agrarfabriken im Aufwind?**
Über den Versuch, Umweltschutz und Tierschutz gegeneinander auszuspielen
Tilman Uhlenhaut

KAPITEL 6: TIERSCHUTZ UND TIERHALTUNG

- **Staatsziel „Tierschutz“**
Auswirkungen der Grundgesetzänderungen auf die landwirtschaftliche Nutztierhaltung *Johannes Caspar*
- **Qualzucht in der Landwirtschaft – neue Herausforderungen für den Tierschutz** *Brigitte Rusche und Roman Kolar*
- **Tiertransporte – Stillstand nur in Brüssel** *Wolfgang Apel*

KAPITEL 8: GENTECHNIK

- **Konsens im Dissens**
Der „Diskurs Grüne Gentechnik“ des BMVEL – eine Bilanz *Heike Moldenhauer*
- **„Save our Seeds!“**
Die Saatgut-Initiative der Zukunftsstiftung Landwirtschaft *Benedikt Haerlin*

KAPITEL 9: AGRARKULTUR

- **Lebens-Landwirtschaft**
Die Landwirtschaft im nachindustriellen Zeitalter *Nikolai Fuchs*
- **Der Bauer als nachhaltiger Unternehmer?**
Perspektiven agrarkulturellen Wirtschaftens auf und mit dem Lande
Franz-Theo Gottwald

KAPITEL 10: VERBRAUCHER UND ERNÄHRUNGSKULTUR

- **Essen, was man retten will**
Slow Food – Die „Arche des Geschmacks“ *Andrea Arcais*
- **Capri-Sonne, Nutella und Milchschnitte**
Über das Konsumverhalten jugendlicher Kunden *Julia Engelken*
- **Bio-Produkte in der Außer-Haus-Verpflegung**
Aktuelle Entwicklungen, Hindernisse und Erfolgsfaktoren *Rainer Roehl*

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an:

„Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Suche/Biete

● Landwirtschaftstechniker mit Familie und langjähriger Erfahrung sucht Betrieb auf Erbpacht, evtl. Kauf, im süddeutschen Raum.

Chiffre BS 01/03-1

● Suche engagierteN EinsteigerIN zum weiteren gemeinsamen Aufbau des Ziegenhofes am Gut Ogrosen! www.Gut-Ogrosen.de.

☎ 0160-2430636

● Öko-Betriebe im nördlichen und mittleren Deutschland für Ausbildung von Praktikanten gesucht. LOGO e.V. vermittelt osteuropäische Agrarstudenten für Fachpraktika von Mai bis Oktober 2003. Ausbildungsberechtigung nicht erforderlich, Referenzen auf Wunsch. Informationen bei Bettina Küstermann, logoev-bk@t-online.de.

☎ 05109-516656, Fax -516654

● Agraringenieurin (30) aus der Praxis sucht ab Frühjahr 03 Anstellung im ökol. Pflanzenbau (Gemüse, Obst, Kräuter, Getreide) und/oder in der Vermarktung. ☎ 02525-2560, Mail: pajhsi@yahoo.com

TIPP DES MONATS!**STAHLHALLE**

Länge: 62,30 m
Breite: 21,70 m
Höhe: 4,45 m
Festtragende Grundfläche 1.352 qm,
inkl. Dach- und Wandverkleidung.

Netto € 84.900,00

FA. STAHA

Tel.: 05149 - 18 60 333

FAX: 05149 - 18 60 335

www.staha.de

Andere Größen auf Anfrage,
Spannweiten bis 120 m freitragend.

In der letzten Ausgabe wurde diese Anzeige zu unserem Bedauern mit einem falschen Längenmaß abgedruckt. Die Redaktion

Veranstaltungskalender**Bäuerinnen mit Kindern**

02. bis 06. Januar, Waldenburg

Tagung der Ländlichen Heimvolkshochschule Hohebuch für Bäuerinnen mit Kindern zwischen vier und sechs Jahren. Frauen in der Landwirtschaft mit bereits erwachsenen Kindern haben am gleichen Ort vom 13. bis 16. Januar Gelegenheit, „nach vorne zu schauen und zurückzublicken“.

Infos und Anmeldung: Ländliche Heimvolkshochschule Hohebuch, ☎ 07942-1070

Naturschutztag

3. bis 6. Januar 2003, Radolfzell

Zum 27. Mal veranstalten NABU und BUND einen gemeinsamen Informationskongress. Tagungsort ist das Kulturzentrum Milchwerk bei Radolfzell am Bodensee. Themenschwerpunkte sind biologische Vielfalt und der Einfluss des Geldes. Die Seminargebühr beträgt ohne Unterkunft und Verpflegung EUR 32 (ermäßigt EUR 16), Anmeldeschluss ist der 13. Dezember 2002.

Infos: NABU-Bezirksgeschäftsstelle Bodensee, Mühlenstr. 4, 88662 Überlingen, ☎ 07551-67315, Fax -168432

Landwirtschaft zu zweit

06. bis 10. Januar 2003, Freckenhorst (NRW)

Eine Veranstaltungswoche für Paare, die sich der Herausforderung eines landwirtschaftlichen Betriebes zu zwei stellen. Die Bielefelder Unternehmensberaterin Imke Lohmann referiert über Unternehmensführung, Einkommenssicherung und die Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Privatleben.

Infos: Landvolkshochschule Freckenhorst, ☎ 02581-94580, Fax -9458238

DLG-Wintertagung

08. bis 10. Januar 2003, München

Auf dem Münchner Messegelände beginnt am 10. Januar um 9 Uhr die kostenlose Tagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

Infos: DLG, Eschborner Landstr. 122, 60489 Frankfurt a.M., ☎ 069-247880

Soester Agrarforum

10. Januar 2003, Soest

Schonende Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Nutzflächen, das Spannungsfeld von Technik und Tierschutz sind die Themen des von 9 bis 13.15 Uhr abgehaltenen Agrarforums in der Stadthalle Soest. Der Eintritt ist frei.

Infos: Fachhochschule Südwestfalen, ☎ 02921-387216

ABL-Neugründung

11. Januar 2003, Dresden

Zur Gründungsversammlung eines sächsischen Landesverbandes lädt die ABL ab 13.30 Uhr im Kulturpalast Dresden ein.

Infos: Lothar Klemm, ☎ 037323-50129

Vermarktung

11. Januar 2003, Altdorf

Tommas Sonntag, Leiter des Ressorts Produkte der Naturland-Marktgesellschaft, erörtert die Vermarktungssituation tierischer Ökoprodukte

Infos: Naturland Süd-Ost ☎ 08173-931810

Backen wie die Profis

20. Januar 2003, Berching

Bioland Fachberater Paul Hoffman und Bruder Bonifaz präsentieren von 9.30 Uhr bis 16.30 im Kloster Plankstetten ihre Rezepte.

Direktvermarktung

21. Januar 2003, Berching

Ebenfalls im Kloster Plankstetten von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr referieren der Unternehmensberater Volker Feddersen über Umsatzreserven und Zeitmanagement in der Direktvermarktung.

Werbung

22. Januar 2003, Berching

Bei der letzten Veranstaltung im Kloster Plankstetten in diesem Monat informiert Mechthild Högemann von der Agentur „Produkt und Markt“ darüber, wie Landwirte Werbung gewinnbringend einsetzen können. Auch diesmal ist der Beginn 9.30, das Ende um 16.30 Uhr.

Schweinetag

24. Januar, Berching

Zum Abschluss der Biowoche von Bioland geht es im Kloster Plankstetten um die Schweinefütterung

Infos zu allen Veranstaltungen: Bioland Erzeugerring Bayern, Stefan Rettner, Am Eichenpfad 26, 97253 Graukönigshofen, ☎ 09337-980031, Fax: -980031

Homöopathie im Schweinestall

13. Januar 2003, Landshut

Auf Einladung der Naturland Erzeugerring-Kreisgruppe Landshut erläutert der Tierarzt und Heilpraktiker Gerold Bernardi alternative Heilmethoden bei der Schweinehaltung.

Beginn: 19.30 Uhr, Gasthof zur Insel, 84036 Landshut

Ökologische Tierhaltung

14. Januar 2003, München

Tierärztin Anita Idel spricht über ökologische Haltung, Zucht und Fütterung um 18 Uhr in Hörsaal 12 der Technischen Universität München/Weihenstephan.

Infos bei Karl von Koerber, Entenbachstr. 37, 81541 München, ☎ 089-65102131, Fax -32

Ökologischer Kräuteraanbau

14. bis 17. Januar 2003, Altenkirchen

Ausführliche Informationen über Anbau, Düngung, Pflege, Ernte, Trocknung, Aufbereitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Kräuter. Das Seminar kostet pro Teilnehmer (inklusive Unterkunft und Verpflegung) EUR 175.

Anmeldung: Schriftlich bis zum 4. Januar 2003 an die Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax -70206

Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise

19. bis 25. Januar 2003, Frankfurt a.M.

Maßnahmen in Landwirtschaft und Gartenbau, die die Erde erhalten und die Grundlage für das physische Dasein und die Entfaltung des Menschen bilden, lehrt ein Kurs im Rudolf-Steiner Haus. Die Kursgebühr beträgt 270 EUR, ermäßigt 240 EUR

Infos und Anmeldung: Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, Ursula Reusch, ☎ 06155-841244

Ackerbau & Viehzucht

21. bis 24. Januar 2003, Bad Brückenau

Verschiedene Referenten äußern sich zu Richtlinien und EU-Bio-Verordnung, Fruchtfolge. Die gleiche Veranstaltung findet vom 22. bis 23. Januar in der Abtei Frauenwörth in Frauenchiemsee statt.

Anmeldung bitte bis zum 10. Januar (Bad Brückenau), bzw. 13. Januar (Frauenchiemsee) bei: Sabine Baur, Naturland Süd-Ost, ☎ 08137-931818, Fax -931819

Verbraucherpolitisches Forum

23. Januar 2003, Berlin

Im Rahmen der Grünen Woche erörtert die Verbraucherzentrale Bundesverband im Saal 7 des ICC von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr Kriterien einer neuen Agrarpolitik. Einem Statement von Bundesministerin Künast werden ABL-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und DBV-Präsident Gert Sonnleitner antworten.

Infos: Verbraucherzentrale Bundesverband, ☎ 030-258000

Alles bio oder was?

24. Januar 2003, Berlin

Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft lädt zur Podiumsdiskussion mit Renate Künast und anderen in den Grünen Salon der Volksbühne in Berlin-Mitte mit dem Titel: „Masse statt Klasse – alles Bio oder was?“. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, 20 Uhr, Infos bei Zukunftsstiftung Landwirtschaft, ☎ 030-275903

Milcherzeugung

25. Januar 2003, Vöhrnbach

Referenten aus Holland, Österreich und Baden-Württemberg zeigen im schwarz-wäldischen Vöhrnbach von 10 bis 16 Uhr Wege der „Nachhaltigen Milcherzeugung in Grünlandbetrieben“.

Infos beim Amt für Landwirtschaft Donaueschingen, ☎ 0771-808-282, Fax -330

Ökologische Pflanzenzüchtung

25. Januar 2003, Kassel

Im Anthroposophischen Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261, wird von 10 bis 17 Uhr in Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionen aktuelle Entwicklungen der ökologischen Pflanzenzüchtung und ihre Bedeutung für die Qualität von Lebensmitteln beleuchtet.

Unkosten (inklusive Mittagessen) EUR 30. Anmeldung bis 15. Januar 2003 bei Oliver Willing, Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Postfach 10 08 29, 44708 Bochum, ☎ 0234-5797141, Fax -188

Betriebswirtschaft und Marketing

28. bis 29. Januar 2003, Vachdorf

Mit juristischen und ökonomischen Fragen befasst sich die Ökolandbau-Fachtagung von Thüringer Ökoherz ab dem 28. Januar im Ökozentrums Vachdorf. Am 05. Januar geht es im Mühlberger Gasthaus „Schützenhof“ um Ökologische Milchviehzucht.

Infos zu beiden Veranstaltungen: Thüringer Ökoherz, Dr. Augsten, ☎ 03643-437128, www.oekoherz.de

56070 Koblenz

August-Thyssen-Str. 23-25
Tel.: 0261 - 9635-0
Fax: 0261 - 9635-277

E-Mail: kontakt@provento.de

56759 Kaisersesch

Koblenzer Str. 13-15
Tel.: 02653 - 590666
Fax: 02653 - 590667

www.provento.de
PROVENTO

Wir suchen:

Land- und forstwirtschaftliche Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen, Übernahmeprojekte

Wir bieten:

Komplettservice
"Alles aus einer Hand",
Projektierung bis Errichtung,
Finanzierung und Beteiligungen



Witwen ermordeter Bauern in Guerrero, Mexico.

Unsere solidarische Unterstützung gilt Menschen, die sich zusammenschließen und ihre wirtschaftliche und soziale Situation in die eigene Hand nehmen.

**Was tun wir da?
Wo und wie?**

Infos bei

m)

medico international
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel: 069-944380
Fax: 069-436002
eMail: info@medico.de
www.medico.de

Spendenkonto
1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01



Anmeldungen bis zum 27. Dezember 2002
 bitte an die ejl, Ute Rönnebeck,
 Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/
 Westerwald,
 Tel.: 02681-95160, Fax: -70206, info@lja.de

AbL – Frauen treffen sich!

Vom 10. bis 12. Januar 2003 in Altenkirchen/Westerwald

Unser Thema:

Meine Zeit – Selbstmanagement

Gerade die Vielzahl an Tätigkeiten zwischen partnerschaftlicher Beziehung, Familie, Stall, Vermarktung, Mitarbeitern, Kunden, persönlichen Bedürfnissen scheinen mehr Zeit zu fressen, als verfügbar ist. In diesem Seminar – unterstützt von der ejl – werden Fragen der Zeitplanung, der Zielvorstellung und der eigenen Rahmenbedingungen eine Rolle spielen. Wir wollen mit einer interessanten Referentin Ansatzpunkte finden, um an unserem Lebenserfolg zu arbeiten.

Teilnehmerinnenbeitrag: 60,- €

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
 Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
 Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
 Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
 Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
 Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
 Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
 Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
 Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
 Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
 Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
 Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
 Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
 Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
 Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
 Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
 Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
 Regionalverband Eifel: Hermann Böttel, Holztumer Str. 6, 54636 Wolsfeld, ☎ 06568/7067, Fax: 06568/7011
 Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
 Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
 Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
 Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
 Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
 Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
 Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
 Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
 Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
 Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
 Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
 Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
 Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
 Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
 Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
 Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
 Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
 Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttsolsberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937
 „Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
 AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
 Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
 Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org
 Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de
 Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
 Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945
 IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 75,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
 Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Nieselregen

Feiner Nieselregen regnet auf das Dach,
 Füße schlüpfen in die Stiefel.
 Leise Schritte, Regen im Gesicht,
 Splitt hängt an den Sohlen,
 Halme knicken, Kies und Dreck.
 Ekelhaft klebt überall der Winter.

Tore auf.
 Klak klak.
 Leises Dampfen, warme Luft,
 Blick nach links und rechts und um die Ecke.
 Vorsicht glatt. Scheibe könnte man auch putzen.
 Türe auf, beruhigend normal surrt der Motor.

Fliesen links, zwei Türen rechts, PC ist aus,
 gleich wird es hell.
 Kurz ein Blick,
 vielleicht auch zwei oder drei
 vertrautere Gedanken, dann zurück.
 Klak klak.

Zum Glück nicht mehr lange, alles wird ruhig.
 Wassertropfen an der Wand und auf dem Boden,
 tief in sich versunken. Stufen rauf und
 alle schauen dich an, aus dunklen Augen,
 laufen weg oder bleiben stehen, müssen gehen.
 Der Puls geht hoch, ein Tropfen Schweiß,
 darauf bedacht sich nicht zu ärgern.
 Dann ganz wach. Gedanken weg.
 Der erste Lärm zieht seine Reihe,
 dann wieder still.



Klak klak.
 Vereinzelt stöhnen, aber wach die ganze linke Seite.
 Begrenzter Schock wie immer nichts wie raus,
 die Türe zu.
 Und je nachdem wie ich mich fühle,
 so laut ist dann der Takt
 – dreiviertel Takt wär manchmal schön.
 Gedanken müssen wieder weg.
 Erst eins, dann zwei, dann drei, dann vier,
 dann fünf, dann sechs, dann sieben, dann acht,
 Verstummte Zischen, wie fast immer alle kollabiert.
 Kalte Hand, den Riegel auf, die erste und
 die Zeit spielt keine Rolle,
 für mich jedoch sehr wohl.
 Tag für Tag dasselbe Ritual,
 springen Gedanken bis es nervt,
 und wenn sie bleiben schmerzt es.
 Die nächste zappelt aber,
 zügig nacheinander bis zum Schluss
 bis wieder Ruhe ist.

Klak klak.
 Jetzt nur noch schnell mit zugestopften Ohren.
 Noch ein Blick und alles mampft
 zufrieden knurrt der Magen.

Türe zu. Ekelhaft klebt überall der Winter,
 Kies und Dreck, Halme knicken.
 Splitt hängt an den Sohlen,
 Regen im Gesicht, leise Schritte,
 Flüsse schlüpfen aus den Stiefeln.
 Feiner Nieselregen regnet auf das Dach.

Rolf Holzapfel

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH
 Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für trockene Füße

1/2003

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, - im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
 oder FAX 02381- 492221